



– Die Tierschutzpartei –

ZeitenWENDE

Informationen für Mitglieder und Interessenten



**Schächten
...nicht mit uns!**

Tipps, Termine und Hinweise3**Tierrechte und Tierschutz**

Das „Schächturteil“ von Leipzig	4
Schächten ... nicht mit uns!	5
Ein Lichtblick in Sachen Batterie- Käfighaltung	7
Pelztierzucht in Deutschland	8
Import von Hunde- und Katzenfellen	9
Tierquälerei in Ostasien	10

Politik

Gammelfleisch – die Fleisch-Skandale reißen nicht ab	11
Steuererhöhungen	12
Kassensturz	13
Die „Unterschicht“	14

Umweltschutz

Zeitenwende – Treibhaus Erde	15
------------------------------------	----

Essays, Ethik und Vorträge

„Das Image von TierrechtlerInnen und TierschützerInnen“ Teil III	16
Allianz für Tierrechte - Aufbruchstimmung in Oberursel	17

Vorstand-/Basis-Aktivitäten

Funktionsträger, Kontakt-Adressen und Aktivitäten	18
Vorstände der Landesverbände, Kreis- und Ortsverbände	19
Landesverbände in Aktion	20

Verschiedenes

Literaturempfehlungen	23
Veganes Rezept/Restaurantempfehlung, Impressum	24
Fragebogen/Infomaterial	25
Mitglieder werben	26
„Kulturschande Tierversuch“	27
Positiv-Nachrichten	28

**Liebe Mitglieder und Interessenten,**

das neue Redaktionsteam begrüßt Sie/Euch sehr herzlich zur ersten Ausgabe der ZEITENWENDE des Jahres 2007. Wir hoffen, dass das in einigen Punkten geänderte Konzept insgesamt Anklang findet! Wir möchten an dieser Stelle Mari Herbold und ihrem Team für ihre hervorragende Arbeit danken, die sie bei der Erstellung der Ausgaben der ZEITENWENDE 21 bis 24 geleistet haben!

Das Jahr 2006 verlief alles andere als positiv für Tierschutz/Tierrechte in Deutschland. Das Jahr 2007 dürfte auch nicht viel besser werden, denn nach einer Verlautbarung der Bundesregierung ist angeblich „die Einführung eines Verbandsklagerechts nicht erforderlich, um die Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben in der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung zu gewährleisten“. Lügen haben kurze Beine: „Der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz ist für uns Verpflichtung und Leitfaden für eine aktive Tierschutzpolitik“, so die amtierende Koalitionsregierung in ihrem beschlossenen Koalitionsvertrag. Wie von dieser Regierung „aktive Tierschutzpolitik“ umgesetzt wird, wollen wir in dieser Ausgabe der Zeitenwende näher beleuchten.

Am 7. April 2006 beschließt die Mehrheit der Länderchefs im Bundesrat, die Käfighaltung von Legehennen - entgegen der Vereinbarung der rot-grünen Vorgängerregierung - über das Jahr 2006 hinaus beizubehalten. Bald darauf besiegelt Verbraucherschutzminister Seehofer durch seine Unterschrift diesen Skandal-Beschluss. Zitat aus dem Koalitionsvertrag: „Am Verbot der Käfighaltung halten wir fest“. Mehr über dieses ausgeklügelte Täuschungsmanöver, aber auch über einen überraschenden Lichtblick in einer aussichtslos scheinenden Situation, auf Seite 7. Was diese tierfeindliche Regierung leistete: Sowohl „aktive Tierschutzpolitik“ im Sinne der Ausbeuter-Lobbyisten beim Beschluss zum Thema „Pelztier“-Zucht in Deutschland als auch „aktive Tierschutzpolitik“ bei der Verweigerung eines nationalen Verbotes für den Import von Hunde- und Katzenfellen aus asiatischen Ländern (siehe Seite 9).

In dieses Szenario passt auch das skandalöse Schächturteil von Leipzig am 23. November 06 - eine ethische wie juristische Fehlentscheidung, bei der man sich auf das Urteil des BVG aus dem Jahr 2002 sowie die Ausnahmegenehmigung im Tierschutzgesetz berief. Eine besondere Herausforderung bedeutet die dreiste Abqualifizierung des „Staatsziels Tierschutz“ im Grundgesetz zugunsten nichtexistenter religiöser Vorschriften. Skandalös sind auch die dramatisch ansteigenden Tierversuchszahlen. Trotz permanenter Forderungen, gerade im Zusammenhang mit dem kürzlich verabschiedeten REACH-Programm auf EU-Ebene, wird keine Umschichtung der Millionenbeträge für Tierversuche in tierversuchsfreie Forschungsvorhaben vorgenommen (siehe Seite 27).

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Eklatante Ungerechtigkeit im sozialen Bereich - es gibt sie, die „Unterschicht“ in unserem Lande. Für die sozial Schwachen dürften die Verteuerungen in 2007 katastrophale Auswirkungen haben (siehe Seite 14).

Der Klimawandel, jahrzehntelang von der „Polit-Elite“ eher stiefmütterlich behandelt, ist Realität geworden. Der aktuelle Zustand der Natur lässt keinen Zweifel mehr offen: „Mutter Erde“ geht es schlecht. Es ist so weit - der Klima-Kollaps hat begonnen.

Die politische Bilanz des Jahres 2006 könnte also kaum negativer ausgefallen sein: Genug Grund, im Jahr 2007 die anstehenden Probleme umso engagierter anzugehen. Damit dies gelingt, ist Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen in unserer Partei eine unabdingbare Voraussetzung. Auch in dieser Hinsicht wünsche ich uns allen viel Glück!

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE



Bundesparteitag

14. April 2007, Musikübungszentrum (MÜZ), Rödelheimer Str. 38, 60487 Frankfurt/Main (schriftliche Einladung mit näheren Angaben erfolgt fristgerecht).

LV Baden-Württemberg

Offener Gesprächs- und Aktionskreis: Jeden 3. Freitag im Monat von 19:00 bis 21:00 Uhr im Forum 3 / Café (Bücherstüble), Stuttgart-Mitte, Gymnasiumstr. 19-21 (wegen möglicher Terminänderungen bitte vorher bei der Landesgeschäftsstelle anrufen: Tel. 07166-1480).

LV Bayern

Monatliches offenes Treffen der Münchner Parteimitglieder; Gäste sind herzlich willkommen; Info: 089 / 71 26 50, Wolfgang H. Schmid (tgl. 19:00 bis 20:00 Uhr).

LV Berlin

Offenes Info- und Aktiventreffen: Jeden 1. Dienstag im Monat ab 19:00 Uhr im „Majas Deli“, Pappelallee 11, 10437 Berlin (U-Bhf. Eberswalder Str./U2).

LV Hessen

Vorbereitung für die Landtagswahl in Hessen 2008. Monatliche Mahnwache / Stehdemo gegen Tierversuche vor dem Max-Planck-Institut Frankfurt).

LV Niedersachsen

Landesparteitag am 31. März 2007 mit Vorstandswahl sowie KandidatInnen-Aufstellung für die Landtagswahl am 27. Januar 2008 (schriftliche Einladung erfolgt fristgerecht). Monatliches offenes Treffen: Jeden 2. Mittwoch im Monat ab 15:00 Uhr in der Elisabeth-Buchhandlung, Ritterbrunnen 1, 38100 Braunschweig.

Kreisverband Delmenhorst

Kontaktbörse für Parteimitglieder, Freunde der Partei und solche, die es werden wollen: Jeden 2. Di. im Monat ab 20:00 in Timo's Stübchen an der Jägerstraße in Delmenhorst.

Rheinland-Pfalz

Landesparteitag am 31. März 2007 in 76829 Landau/Pfalz (schriftliche Einladung erfolgt fristgerecht). Für Interessierte: Monatliche Treffen des Gesprächskreises; nähere Infos unter Tel. 063243 – 98 92 oder per E-Mail: kuch-jenne@t-online.de.

Besondere Hinweise

Proteste gegen die größte Pelzmesse der Welt Großdemo gegen die Pelzmesse Fur & Fashion Frankfurt

Samstag, 24.03.2007 um 12:00 Uhr, Treffpunkt: Brockhausbrunnen auf der Zeil, Infos im Internet: www.fuf.tirm.de. Demonstrationzug - Livemusik - Infostände. Der Demonstrationzug wird durch die Frankfurter Innenstadt ziehen, und einige weitere Protestaktionen sind für die Tage davor

geplant. Die Demonstration wird wieder von mehreren Musikern akustisch begleitet, und mehrere Tierrechtsgruppen werden mit Info-Ständen am Brockhausbrunnen auf der Frankfurter Zeil präsent sein. Genauere Informationen finden sich auf der speziell eingerichteten Webseite: www.fuf.tirm.de

Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an: presse@tirm.de

Große Anti-Fleisch-Demo in Siegen „Menschen, esst kein Fleisch!“

Es ist unser gemeinsames Anliegen, dass immer mehr Menschen aufhören, Fleisch zu essen und Vegetarier werden!

10. März 2007, 12:30 - 17:00 Uhr, Treffpunkt: 12:30 Uhr am Bahnhofsvorplatz. Zwischenkundgebungen vor der Justizbehörde und vor dem Veterinäramt sind geplant. Die Abschlusskundgebung mit einem Konzert der AJ-Gang findet in der Bahnhofstraße statt. Für das leibliche Wohl ist wie immer bestens vorgesorgt - mit einer kostenlosen veganen Mahlzeit.

Beim Treffen der „Allianz für Tierrechte“ im August 2006 hatten die Teilnehmer/Innen unter anderem beschlossen, mit vereinten Kräften gegen die Schweinemastanlage Krämer und die skandalöse Justizwillkür vorzugehen.

Mit dieser Anti-Fleisch-Demo in Siegen wird ein gemeinsames Vorgehen nun in die Tat umgesetzt. Neben PETA (People for the Ethical Treatment of Animals), A.K.T.E. und vielen anderen Organisationen schließt sich auch die Initiative zur Abschaffung der Jagd dieser Protest-Kundgebung am 10. März an - mit ihrer 65. Anti-Jagd-Demo. So deckt die Veranstaltung in Siegen gleich 3 Ziele der „Allianz für Tierrechte“ ab: Kampf gegen die Schweinemastanlage und Justizwillkür in Siegen, Eintreten für Vegetarismus / Veganismus, Abschaffung der Jagd. Für die Mitglieder der „Allianz für Tierrechte“ besteht in Anschluss an die Demonstration die Möglichkeit zum gemeinsamen Gedankenaustausch. Weitere Infos: www.universellesleben.org oder per Mail eck.akte@arcor.de („Allianz für Tierrechte“/Arbeitskreis Tierrechte & Ethik - A.K.T.E.)



in Siegen gleich 3 Ziele der „Allianz für Tierrechte“ ab: Kampf gegen die Schweinemastanlage und Justizwillkür in Siegen, Eintreten für Vegetarismus / Veganismus, Abschaffung der Jagd. Für die Mitglieder der „Allianz für Tierrechte“ besteht in Anschluss an die Demonstration die Möglichkeit zum gemeinsamen Gedankenaustausch. Weitere Infos: www.universellesleben.org oder per Mail eck.akte@arcor.de („Allianz für Tierrechte“/Arbeitskreis Tierrechte & Ethik - A.K.T.E.)

Internationaler Tag zur Abschaffung der Tierversuche

Samstag, 21. April 2007, Aktionstag und Demozug in München (Marienplatz) anlässlich des Versuchstier-Gedenktages. Die Veranstaltung wird unter dem neuen Namen: „Internationaler Tag zur Abschaffung der Tierversuche“ stattfinden.

Der aktuelle Stand der Planung kann unter www.animal2000.de/aktion/aktuell.php eingesehen werden.

Das „Schächturteil“ von Leipzig

Staatsziel Tierschutz wird vom Bundesverwaltungsgericht mit Füßen getreten

Dass die Aufnahme des Tierschutzes ins Grundgesetz wohl nur politisches Kalkül und perfide Wahlkampfakt war, damit der tierliebe, aber weithin politik-verdrossene Bundesbürger auch brav zur Urne ging, dürfte heute nicht mehr außer Frage stehen. Wie die Damen und Herren in der schwarzen Robe über das Staatsziel Tierschutz denken, hat sich wieder einmal am 23. 11. 06 bei einer Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig gezeigt.

Der Verhandlung vorangegangen war die Weigerung des Landes Hessen, dem türkischen Metzger Altinküpe eine Sondererlaubnis zum betäubungslosen Schlachten (Schächten) von Rindern und Schafen zu erteilen. Das BVG jedoch erteilte die Genehmigung, und zwar mit folgenden Begründungen - vgl. Presseerklärung des BVG, Nr. 64/2006 vom 23.11.06 (zum besseren Verständnis sind einige Bemerkungen zur Chronologie des Geschehens eingefügt):

1. Der Metzger müsse die Möglichkeit haben, seine Kunden „entsprechend ihrer Glaubensüberzeugung“ mit dem Fleisch geschächteter Tiere zu versorgen.

2. Das Tierschutzgesetz sehe eine Ausnahme genehmigung vom grundsätzlichen Verbot des Schächtens vor, „um den Bedürfnissen der Angehörigen von Religionsgemeinschaften zu entsprechen, denen zwingende Glaubensvorschriften den Genuss des Fleisches von Tieren verbietet, die vor der Schlachtung betäubt worden sind.“

Schächten ist lediglich eine Tradition.

3. Nachdem Altinküpe aufgrund des ablehnenden Urteils des BVG vom 15. Juni 1995 keine Ausnahme genehmigungen mehr erwirken konnte, legte er beim Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerden ein. Das Urteil: Der Kläger werde im Falle der Verweigerung von Ausnahme genehmigungen in seinen Grundrechten verletzt. Muslimen sei das betäubungslose Schächten zu erlauben, wenn ihre Religionsgemeinschaft es ihnen zwingend vorschreibe.

Die Klage wurde an das BVG zurückverwiesen.

4. Das Land Hessen legte Revision gegen die Auflage ein, die betreffende Genehmigung zu erteilen. Begründung: Mit der Einführung der Staatszielbestimmung in das Grundgesetz „hätten sich die Gewichte zugunsten des Tierschutzes verschoben.“

5. Zurückweisung der Revision seitens des BVG.

Beidem – sowohl den „betroffenen Grundrechten“ als auch „den Zielen des ethischen Tierschutzes“ – würde durch das Urteil, dem türkischen Metzger Altinküpe das betäubungslose Schlachten (Schächten) zu erlauben, Rechnung getragen. Die Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz habe nichts an der Tatsache geändert, dass „der Schutz der Religionsfreiheit“ gewährleistet sein müsse. „Eine andere Betrachtung würde einen vom Gesetzgeber nicht beabsichtigten Vorrang des Tierschutzes bedeuten.“

Dieses Urteil hat nicht einmal mit Religionsfreiheit etwas zu tun, denn der Islam verbietet keineswegs eine Betäubung beim Schächten. Seit Jahren zieht sich der Streit um die Erlaubnis zum betäubungslosen Schächten durch die verschiedenen Instanzen der deutschen Justiz.

Der Islam kennt keine einheitliche Dogmen, die Vorschriften des Koran werden von jeder Gemeinde unterschiedlich ausgelegt. Schächten ist lediglich eine Tradition, die sich in manchen, sich selbst als orthodox verstehenden Kreisen des Islam praktiziert wird.

Ursprünglich als tierschonende Methode des Schlachtens vorgeschrieben, führt auch bei sachgemäßer Durchführung (schneller, scharfer Schnitt durch Luft- und Speiseröhre und die wichtigsten Blutgefäße) das Schächten ohne Betäubung zu einem qualvollen Erstickungstod für die betroffenen Tiere. Wird der Schnitt nicht



Honoré Daumier (1810 – 1879)

korrekt ausgeführt, dauert der Todeskampf oft viele Minuten. Das Festhalten an dieser barbarischen und tierquälerischen Tradition ist zum Teil auf die mangelnde Kenntnis über moderne Betäubungsmethoden zurückzuführen.

Während man im Bereich der Menschenrechte inzwischen begriffen hat, dass Religionsfreiheit nicht mit Narrenfreiheit bis hin zur Lizenz zum Quälen und Töten von empfindungsfähigen Lebewesen gleichgesetzt werden darf, gewährt die deutsche Justiz noch immer diese Narrenfreiheit umso großzügiger, wenn es „nur“ um Tiere geht. Sie versucht auf diese Weise, die politische Korrektheit ein Stück weit zugunsten der unter Generalverdacht geratenen Muslime auszubalancieren. Die formal anerkannten Rechte der Tiere sind dabei der Joker.

Es ist wieder einmal deutlich geworden, dass die Justiz und die derzeitige Bundesregierung die kleinen Fortschritte, die im Tierschutz unter Rot/Grün erreicht wurden, nach und nach für die Interessen der jeweiligen Lobbyisten opfert, so z. B. das Verbot der Batterie-Käfighaltung für Legehennen. „Nutztiere“ können sich schließlich nicht wehren, und solange das Verbandsklagerecht aussteht, das vor allem von der CDU blockiert wird, droht der Tierschutz im Grundgesetz Makulatur zu bleiben.

Franziska Ute Gerhardt
Redaktion ZEITENWENDE

Schächten – nicht mit uns!

MUT- Kundgebung in Aßlar am 16. Dezember 2006

Ein Bericht von Ingeborg Holst

Als wir uns am 25. November 2006 zu der schon lange geplanten Zusammenkunft von Bundesvorstand und den Landesvorständen in Frankfurt trafen, standen die meisten noch unter Schock und ohnmächtiger Wut über das zwei Tage zuvor ergangene Schächt-Urteil des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts. In diesem wurde - jegliche Menschlichkeit und Moral über Bord werfend - bekannt gegeben, dass dem muslimischen Metzger Rüstem Altinküpe aus Aßlar (Hessen) das Recht zugestanden wird, in seinem Schlachthaus Rinder und Schafe ohne Betäubung zu schächten. Allen war klar, eine Protestaktion war jetzt fällig!

Über das WIE und WANN gingen die Meinungen auseinander. Schließlich einigte man sich darauf, eine Demonstration direkt vor dem Anwesen des muslimischen Schächters durchzuführen. Als Termin war der 16. Dezember vorgesehen - nicht viel Zeit also für Vorbereitungen. Da erwies es sich natürlich als vorteilhaft, dass durch die jahrelangen Anti-Schächt-Kampagnen des LV Baden-Württemberg hier bereits ausreichend viele Plakate vorhanden waren.

Christa Rust, Landesvorsitzende des LV Hessen, übernahm in zuverlässiger Weise die Organisation und scheute auch nicht die vorherige Fahrt nach Aßlar, um direkt vor Ort mit Ordnungsamt und Polizei die Wegstrecke des Demo-Zuges zu besprechen. Glücklicherweise war man uns und unserer Aktion dort wohlgesonnen und sehr entgegenkommend.

Natürlich musste die Demo auch schnell per Emails und Telefonate verbreitet werden. Um möglichst viele zu erreichen, wurde es zum Schluss noch recht hektisch - hieß es doch plötzlich einen Tag vorher, dass sich etwa 180 Türken einfinden und uns vor dem Betrieb Altinküpes erwarten würden! Dies stellte sich jedoch am nächsten Tag als Bluff heraus!

Wir sollten uns also an besagtem Termin um 13 Uhr am Rande von Aßlar-Wer-

dorf beim Sportgelände treffen. Mindestens eine Stunde vorher fuhren die ersten Autos auf dem weiträumigen Parkplatz vor; die Polizei war auch schon vor Ort und am Aßlarer Marktplatz stand bereits seit 10 Uhr Christa Rust mit einigen Getreuen, um Infos zu verteilen. Etwa gegen 13.30 Uhr setzte sich dann der Zug der Demonstranten mit den Plakaten vom Sportplatz aus in Bewegung; man zählte rund 60 Teilnehmer/innen, von denen einige auch weiteste Entfernungen in Kauf genommen hatten (aus dem Süden bis von Konstanz, aus dem Norden bis von Reinbek).

Das Wetter meinte es gut mit uns, es war trocken und mild. Unterwegs machten wir mit Trillerpfeifen auf uns aufmerksam. Die Einwohner zeigten sich aber kaum oder nur verstohlen hinter den Gardinen. Es wurden deshalb auf beiden Seiten der Strecke Infoblätter in die Briefkästen geworfen. Immer wieder ertönte per Megafon Harald von Fehrs kräftige Stimme, unser Anliegen vorbringend und abwechselnd Zitate deklamierend. Mit Polizeibegleitung trafen wir schließlich in einer kleineren Straße seitlich des Schlachthauses ein. Neben verschiedenen kurzen Beiträgen machte unser Bundesvorsitzender Jürgen Gerlach in seiner Rede klar, dass unsere Partei zu dieser barbarischen Tierquälerei nicht schweigen werde und ein ausnahmsloses Schächt-Verbot fordert. Er rief zu einer Gedek- und Schweigeminute auf.

Die dortige Presse hatte bereits eine Ankündigung veröffentlicht und die „Wetzlarer Neue Zeitung am Sonntag“ brachte schon am nächsten Tag einen sehr guten Artikel mit Foto. Aber auch R. Altinküpe wurde vor seinem Haus von türkischen Presseleuten interviewt, leider konnte man nicht verstehen, was da gesprochen wurde. Nach unserer Rückkehr zum Parkplatz

wurde erst mal eine Pause eingelegt, um danach unseren Rundgang ein zweites Mal zu wiederholen und uns erneut vor diesem Schlachthaus einzufinden. Der Schächt-Metzger erschien wieder auf der Bildfläche, flankiert von zwei Begleitern. Die Polizei achtete streng darauf, dass dessen Anwesen nicht betreten und keine Beleidigungen geäußert wurden. Man bedeutete uns, dass dieser Mann uns sonst sofort rigoros verklagen würde. Unverfroren stand er in einiger Entfernung und man hatte fast den Eindruck, als dächte er: Was wollt ihr armen Gestalten denn? Nicht mal eure Richter stehen hinter euch!



MUT-Demo in Aßlar

Foto: Manfred Holst

Nicht brutal-grobschlächtig sah er aus, dafür aber eiskalt und berechnend. Nun - selten sieht man Sadisten ihre zwanghaften Neigungen auf den ersten Blick an. Gerne verließen wir wieder den Ort des Grauens.

Von verstörten Anwohnern erfuhren wir, dass die Muslime vor allem vor ihren Festtagen von überallher kämen und die PKWs dann dicht an dicht die Straßen verstopften. Mit Sicherheit für den richterlich begünstigten Schächter ein Mordgeschäft ... in des Wortes doppelter Bedeutung!

Abschließend fanden wir uns alle auf dem Dorfplatz ein, wo mit einem Redebeitrag von Friederike Prüll, mit Singen und Kerzenlichtern, der aufregende Teil des Tages zu Ende ging.

Nachbemerkung: Ein Augenzeuge, der am ersten Tag des muslimischen Opferfestes zur Beobachtung nach Aßlar-Werdorf gefahren war, stellte fest, dass der rege Schlacht-Schächtbetrieb (möglicherweise aus Angst vor Störungen) unter Polizeischutz stand!

Rede von Friederike Prüll in Aßlar

Warum haben wir uns heute hier in Aßlar versammelt? Am 1. August 2002 ist der Tierschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen worden. Der Landrat des Lahn-Dill-Kreises ist bei seiner Weigerung, einem Aßlarer Metzger eine Ausnahme genehmigung zu erteilen - unserer Meinung nach zu Recht - davon ausgegangen, dass diese Grundgesetzänderung Auswirkungen auf die zukünftige Rechtsprechung haben muss. Dem ist aber nicht so. Am 23. November hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ein Urteil gefällt, das wir ohne Widerspruch nicht hinnehmen können und nicht hinnehmen wollen. Das Urteil besagt nämlich, das Grundgesetz schließe es nicht aus, eine Ausnahme genehmigung zum Schächten zu erteilen.

Die offenkundige Bedeutungslosigkeit, die dem Staatsziel „Tierschutz“ seit seiner Verankerung im Grundgesetz im Jahr 2002 beigemessen wird, stellt nicht nur das Rechtsempfinden vieler Bürgerinnen und Bürger auf eine harte Probe. Damit wird auch schlichtweg der Wille der Bevölkerung missachtet und ignoriert. Denn drei Viertel der EU-Bürger sprechen sich in Umfragen für mehr Tierschutz aus.

Diese Entscheidung hat natürlich eine grundsätzliche Bedeutung über dieses Urteil hinaus. Es geht uns nicht nur um diesen einen Fall und es geht auch nicht nur um das Thema Schächten:

Das Käfigverbot für Legehennen hätte ab dem 1. Januar 2007 Geltung erlangen müssen. Es wurde einfach wieder gekippt.

Jährlich legt das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz die aktuellen Tierversuchszahlen vor. Im Jahr 2005 waren es über 2,4 Mio. Tiere, die für die Wissenschaft qualvoll sterben mussten. Die Zahlen sind im Vergleich zum Vorjahr um 200.000 Tiere gestiegen, und das, obwohl inzwischen für viele Tests tierversuchsfreie Verfahren zur Verfügung stehen.

Seit 4 ½ Jahren ist der Tierschutz im Grundgesetz und nichts hat sich geändert. Denn der Tierschutz im Grundgesetz ist nur ein Lippenbekenntnis und eine Täuschung der Bürgerinnen und Bürger. Die Erklärung des Tierschutzes zum Staatsziel bleibt nämlich so lange bedeutungslos, wie

dieses vorgebliche Staatsziel keine Auswirkungen auf die Rechtsprechung hat. In der Abwägung gegen wirtschaftliche Interessen, Religionsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit und Berufsfreiheit zieht der Tierschutz immer den Kürzeren. Unsere Grundrechte sind ein hohes Gut, aber sie können nicht schrankenlos sein. Tierquälerei ist auch im Namen der Religion nicht hinnehmbar!

Wir, die wir gegen die skrupellose Ausbeutung von Tieren eintreten, haben mit unserem Widerspruch gegen das Schächturteil viel Zuspruch aus allen Kreisen der Bevölkerung erhalten. Das sollte für uns

**Es geht nicht nur
um das Thema
Schächten.**

eigentlich ein Grund zur Ermutigung sein und ist es auch. Wer mit diesem Zuspruch allerdings ganz andere, politisch fragwürdige Motive verbindet, dem sagen wir im Namen der Partei Mensch Umwelt Tierschutz - Tierschutzpartei - für die ich hier spreche, und im Namen sämtlicher anderer Tierrechtsorganisationen: Wir lassen unseren Protest gegen das Schächten von niemandem missbrauchen!

Es hat einen Grund, dass das betäubungslose Schlachten, das Schächten, laut Tierschutzgesetz grundsätzlich verboten ist. Es ist verboten, weil den Tieren damit vermeidbare Qualen zugefügt werden. Ich selbst kenne die Bilder nur von Aufzeichnungen. Aber wer einmal mit angesehen hat, wie ein Tier niedergeworfen und anschließend an den Hinterläufen hochgezogen wird, wer mit angesehen hat, wie ihm die Kehle durchgeschnitten wird und wie das Tier dann röchelnd verblutet, wird es wohl nie vergessen. Beim Ausbluten gelangt dann Blut in Kehlkopf und Luftröhre, was zu Atemnot und Erstickungsgefühlen führt. Die Opfer erleben diesen Tod mehrere Minuten lang bei vollem Bewusstsein. Dafür gibt es kein anderes Wort als Tierquälerei.

Von verschiedenen Seiten wird dem entgegengehalten, die Zustände in unseren Schlachthöfen wären auch mit dem Einsatz von Betäubungen grausam. Das Gleiche gelte für die Massentierhaltung generell. Das ist wahr und darum kritisieren wir in gleichem Maße die tierquälerischen Zustände in unseren Pelztierfarmen, Mast- und Legehennenbetrieben. Trotzdem: Ein Unrecht macht ein anderes nicht weniger schlimm. Und nochmal trotzdem: Eine Grausamkeit rechtfertigt keine andere. Das Betäuben vor dem Schlachten ist das kleine letzte Stück Restachtung, das wir Tie-

**Wir werden keinen
Frieden finden...**

ren entgegenbringen können. Toleranz anderen Religionen und kulturellen Bräuchen gegenüber ist Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben, aber sie muss dort aufhören, wo Leid für Lebewesen, sei es Mensch oder Tier, damit verbunden ist.

Paragraph 4 des Tierschutzgesetzes sagt, „ein Wirbeltier darf nur unter Betäubung bzw. unter Vermeidung von Schmerzen“ getötet werden. Beim Schächtvorgang dagegen wird ein Tier ganz bewusst langsam und qualvoll getötet. Das ist mit keiner Begründung hinzunehmen. Vom Paragraphen 4, Abs. 1 dürfen, auch im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes, keine Ausnahmen zugelassen werden.

Wir von der Partei Mensch Umwelt Tierschutz - Die Tierschutzpartei - sind der Überzeugung: Es ist nicht nur ein großes Unrecht, wie wir Menschen mit Tieren umgehen - es ist auch ein Unrecht, mit welcher großer Selbstverständlichkeit wir das tun. In diesem Zusammenhang kritisieren wir auch das Schächturteil. Wir fordern die Streichung des Paragraphen 4 a, Abs. 2, Satz 2 im Tierschutzgesetz, der eine Ausnahme genehmigung zulässt. Bis das geschehen ist, unterstützen wir die Bundesratsinitiative des Landes Hessen, die als Kompromisslösung die Elektrokurzzeitbetäubung vorschlägt.

Der Mensch hat die Tiere zur Rohware degradiert und beutet sie aus, wo er kann. Und warum? Weil sie sich nicht wehren können und weil sie keine Stimme an den Wahlurnen haben. Er benutzt sie als Nahrungslieferanten, als Versuchsobjekte, er verarbeitet sie zu Kleidungsstücken und Bettdecken. Inzwischen gibt es niemanden mehr, der ernsthaft anzweifelt, dass Tiere Empfindungen haben, dass sie leistungsfähig wie wir Menschen sind und ein Bewusstsein haben.

Deshalb ist es umso unfassbarer, wie wenig dafür getan wird, das Leid der Tiere wenigstens so gering wie möglich zu halten. Ob es nun um das Schächten, um Legehennenbatterien, Pelz- und Masttierhaltung oder Tierversuche geht. Hier muss sich vieles ändern und dafür werden wir uns auch in Zukunft

mit all unserer Kraft einsetzen. Deshalb sind wir heute hier in Aßlar: Wir werden keinen Frieden finden mit diesem Urteil - wir werden keinen Frieden finden mit der unnötigen Qual, die Menschen im Namen der Religion, der Profitgier oder aus schlichter Gedankenlosigkeit den Tieren antun. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Ein Lichtblick in Sachen Batterie-Käfighaltung

**Ministerpräsident Kurt Beck will
Normenkontrollklage gegen
die Batterie-Käfighaltung von
Legehennen einreichen**

Mit dem Beschluss des Bundesrates am 7. April 2006 wurde die Rot/Grüne Hennenhaltungsverordnung, die eine Abschaffung der tierquälerischen „KZ-Käfige“ ab Januar 2007 vorgesehen hatte, rückgängig gemacht. Dieser Tag wurde damit zum „schwarzen Freitag“ in der Geschichte von Tierschutz und Tierrechten, denn mit dem Beschluss des „Bundesrats-Kartells“ wurde unsere Arbeit – über 30 Jahre Kampf gegen die „Batterie-Käfige“ – für null und nichtig erklärt. Die Unterschrift Seehofers unter den Beschluss der fragwürdigen „Polit-Elite“ im Bundesrat hat die Haltungsverordnung der grünen Ex-Ministerin Renate Künast zur Makulatur werden lassen. Auch der Verbraucherschutz wurde durch diese Entscheidung verantwortungslos außer Acht gelassen. Der Einsatz von Antibiotika gegen die unausbleiblichen Erkrankungen der Hennen infolge dieser nicht artgerechten Haltung wird durch die Rückkehr zur Batterie-Käfighaltung weitergehen.

Rund 30 Millionen Hennen müssen weiterhin bis zu ihrer Schlachtung, wenn ihre Legeleistung nachlässt, hinter Gitterstäben in qualvoller Enge dahinvegetieren. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass in den neuen „Seehofer-Qualkäfigen“ künftig jeder Henne ein paar Quadratzentimeter mehr „Lebensraum“ zubilligt werden. Mit den neuen Käfig-Modellen, die arglistig mit dem schönfärbischen Namen „Kleinvoliere“ versehen wurden, um zu suggerieren, die Hennen hätten die Mög-

lichkeit zu fliegen (frz. voler), werden Bürgerinnen und Bürger getäuscht. Der ebenfalls verwendete Tarnbegriff „ausgestalteter Käfig“ soll die Vorstellung von „artgerechter Haltung“ assoziieren, aber in Wahrheit wurde die Fläche von einer knappen DIN-A-4-Seite, die einer Henne vorher zur Verfügung stand, lediglich um die Größe eines Bierdeckels „erweitert“. Und nur handtellergrößer ist die Fläche pro Huhn, die zum „Sandbaden“ – auf einer Gummimatte mit wenig Einstreu – zur Verfügung steht. Ganze zwei DIN-A-4-Seiten für 10 Tiere – viel zu wenig Platz, um zu gleicher Zeit zu „scharren“, wie es das angeborene Bedürfnis verlangt. Nur jeweils zwei Hennen können sich zur Eiablage zurückziehen, in einen kleinen, mit Gummimatten ausgelegten Bereich („Nester“). Der Futtertrog von 12 cm Kantlänge macht die gleichzeitige Nahrungsaufnahme nur in dicht gedrängtem Zustand möglich. Zwei in unterschiedlicher Höhe montierte Sitzstangen erlauben nicht das gleichzeitige Ruhen – dies ebenfalls ein Grundbedürfnis. Ruhe wird auf so engem Raum überhaupt nie einkehren, und Dauerstress sowie tief greifende Verhaltensstörungen sind vorprogrammiert.

Noch ein weiterer Begriff aus dem Vokabular der Trickser und Täuscher: die „Kleingruppenhaltung“. Was es damit auf sich hat, sagt uns die IGN, die Internationale Gesellschaft für Nutztierhaltung: „Dies ist ein absichtsvoll eingeführter Begriff, um die Verbraucher darüber hinwegzutäuschen, dass es sich bei ausgestalteten Käfigen um „Batterie-Käfige“ handelt und dass die dort gewonnenen Eier nach wie vor aus Käfighaltung stammen.“ Die Tür für eine spätere Preiserhöhung wurde für die Hühner-Barone offen gehalten; Tierquälerei und Vetterwirtschaft ergänzen sich vortrefflich (siehe ZW-Artikel, „Tierquälerland Niedersachsen – Thema Legehennenhaltung: ein Lehrstück“ Ausgabe 20, S. 9).

Nach alledem könnte man den sauberen Herrn Minister zumindest als Schreibtisch-Tierquäler bezeichnen, auch der Titel „Gesetzesbrecher“ stünde ihm gut zu Gesicht. Denn wer sich über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1999 hinwegsetzt, das die Käfighaltung für rechtswidrig erklärte, tritt zweifelsfrei bestehendes Recht mit Füßen. Darüber hinaus missachtet Seehofer auch noch § 2 des Tierschutzgesetzes, der eine „verhaltensgerechte Unterbringung“ aller Tiere

einfordert – ein Begriff, den das BVG in seinem Urteil präzisierte und damit eine wichtige Voraussetzung für die Anwendung des Tierschutzgesetzes im Bereich der „Nutztier“-Haltung schuf. Aber was kümmern den Minister schon die Vorgaben des höchsten deutschen Gerichts, wenn es auf der anderen Seite um die Gunst der Hühner-Barone und die Wählerstimmen der Agrar-Lobbyisten geht – allen voran der Deutsche Bauernverband.

Ein Licht am Horizont tat sich erfreulicherweise am 16. November 2006 auf, als der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck über seine Umweltministerin Margit Conrad mitteilen ließ, seine Landesregierung wolle eine Normenkontrollklage gegen die Haltung von Legehennen in Käfigen einreichen. Grundlage für diese Entscheidung war ein Gutachten unter Federführung des Richters und Tierrechtlers Dr. Christoph Maisack. Er kam darin zu dem Schluss, dass die neuen Haltungsvorschriften für Legehennen in Käfigen gegen das Staatsziel Tierschutz und ebenso gegen das Tierschutzgesetz verstießen. So besteht nun wieder Hoffnung in

**Seehofer:
„Wir sind doch
keine Tierquäler.“**

einer zunächst aussichtslos erscheinenden Situation. Wir danken an dieser Stelle Kurt Beck und seiner Umweltministerin Margit Conrad für diese Entscheidung.

„Wir sind doch keine Tierquäler!“ sagte Horst Seehofer kürzlich zu Barbara Hohensee von A.K.T.E., die seit dem 24. April 2006 mit beispielloser Hartnäckigkeit ein bis zweimal pro Woche vor seinem Ministerium in einem winzigen Gitterkäfig ausharrt. Zusammen mit einer Berliner „Aktiven-Truppe“, zu der auch Mitglieder unserer Partei gehören, setzt sie damit ein unübersehbares Zeichen, dass wir Tierrechtler/Innen die pseudo-demokratische Politik dieser Regierung gegen das Mitlebewesen Tier nicht widerstandslos hinnehmen. Wer, wie dieser Verbraucherschutzminister, das Votum von über 80 % der Bürgerinnen und Bürger gegen die tierquälerische Käfighaltung von Legehennen ignoriert, vertritt nicht „das Volk“. Wer sich über das Elend von Millionen von empfindungsfähigen Lebewesen leichtfertig und zugunsten wirtschaftlicher Interessen einer Handvoll Hühner-Barone hinwegsetzt, ist und bleibt ein ausgemachter Schreibtisch-Tierquäler.

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE



Barbara Hohensee vor dem „Seehofer-Ministerium“
Foto: Stefan Bernhard Eck

Foto: www.tierschutzreporter.de

„Pelztierzucht“ in Deutschland

Verbesserungen auf die lange Bank geschoben

Derzeit vegetieren bundesweit rund 300.000 „Pelztier“ in rund 30 Zuchtbetrieben. Laut einer EMNID-Umfrage (2003) sprachen sich über 70% der deutschen Bevölkerung für ein generelles Zuchtverbot von „Pelztieren“ aus; laut einer Infratest-Umfrage vom September 2006 - mit anderen Fragestellungen - wünschten sich 87,6% die Bundesbürger strengere Haltungsvorgaben.

Unsere „politische Elite“ stimmte im November 2006 über die Haltung von „Pelztieren“ ab und ignorierte dabei in eklatanter Weise - wie so oft - den Willen des Volkes. Wie zu erwarten war, ist eine verbesserte Haltungsverordnung in weite Ferne gerückt, um den wirtschaftlichen Interessen der Pelztierzüchter entgegenzukommen. Es wird noch bis zu zehn Jahre dauern, bis eine neue Verordnung voll in Kraft treten wird, denn erst dann sind die Übergangsfristen für die alten „Batterie-Käfige“ abgelaufen, und diese müssen

durch größere und ausgestaltete Käfige ersetzt werden.

Die Anträge von Rheinland-Pfalz und Hessen, die Übergangsfristen auf 5 Jahre zu begrenzen sowie erheblich größere Käfigflächen vorzusehen und eine tiergerechte Fütterung zu gewährleisten, wurden abgelehnt. Die Regierung geht brav am Gängelband der Pelz-Lobbyisten und übersieht geflissentlich alle Proteste und eindringlichen Bitten der Bürger, endlich den Tierqualen für Luxus-Bekleidung ein Ende zu setzen.

Seien wir ehrlich - es war realistischerweise kein positives Votum zu erwarten, wenn man an die skandalöse Entscheidung dieser tierfeindlichen Bundesregierung denkt, auch den Käfig-Hennen weiterhin ein Dasein in drangvoller Enge zu verordnen. Die erneute Erfahrung hat gezeigt: Das „Staatsziel Tierschutz“, zwar im Grundgesetz verankert, wird bisher nicht als bindende Verpflichtung begriffen; die

politisch Verantwortlichen schämen sich nicht, Deutschland mehr und mehr zum EU-Schlusslicht in Sachen Tierschutz/Tierrecht verkommen zu lassen. Nach vier Jahren „Tierschutz im Grundgesetz“ wird es nun endlich Zeit, dass der Tierschutz-relevante Zusatz im Artikel 20a umgesetzt wird. Die absichtliche Blockade von Tierschutz und Tierrecht und die offensichtlichen Täuschungsmanöver durch diese tierfeindliche

Politik dürfen **Der einzige rechtmäßige Besitzer...** nicht ungestraft bleiben. Wenn

im Parlament die „Lobbykraten“ herrschen, können die Bürger nur auf der Straße und an der Wahlurne ihrem Willen - und das ist Demokratie - Geltung verschaffen.

Abschließend: Der einzige rechtmäßige Besitzer eines Pelzes ist das Tier selbst - wer wollte dieser grundlegenden Wahrheit widersprechen? Dennoch wird täglich weltweit millionenfach dagegen verstoßen. Auch in unserem Land werden nach wie vor überaus bewegungsfreudige Tiere wie Nerze, Füchse, Chinchillas und Kaninchen in winzige Käfige gesperrt, ohne eine Beschäftigungsmöglichkeit zu einem elenden Dahinvegetieren verurteilt. Am Ende ihrer - von Menschen bestimmten - kurzen Lebensspanne erwartet sie ein grausamer Tod. Sie werden erbarmungslos aus ihren Käfigen gezerrt und durch Genickbruch, Vergasen oder andere qualvolle Tötungsmethoden umgebracht.

Immerhin besteht die Hoffnung, dass wenigstens auf längere Sicht die Schließung der „Pelztier-KZs“ nach Ablauf der Übergangsfristen aus wirtschaftlichen Gründen wahrscheinlicher wird.

Außerdem streichen immer mehr große Mode- und Warenhäuser, dem massiven Druck von Tierschützern und Tierrechtlern nachgebend, „Echtpelz“ aus ihrem Sortiment. Dieser Nachfragerückgang wird in naher Zukunft auch die letzten 30 „Pelztier“-Züchter in unserem Lande zur Aufgabe ihres tierqualerischen Gewerbes zwingen.

Kai Jesiek

...eines Pelzes ist das
Tier selbst.

Import von Hunde- und Katzenfellen aus Asien

Bundesregierung trifft verantwortungslose Entscheidung

Es ist unfassbar, was in asiatischen Ländern - vor allem in China - mit Katzen, Hunden und anderen Kleintieren geschieht, um sie ihrer Felle zu berauben. Millionenfach zur Pelz- und Fleischgewinnung gezüchtet und von der Straße weggefangen, in winzige Käfige gepfercht, brutal in LKW's auf engstem Raum in Sammellager gekarrt, erwartet sie dort ein grausamer Tod. **Dies muss unser Ansporn sein...** Für uns unvorstellbar, wird ihnen vielfach bei lebendigem Leibe das Fell vom Körper abgezogen. Was sich bei diesen blutigen Massakern abspielt und welchen entsetzlichen Torturen die Tiere dabei ausgesetzt sind, ist seit Jahren zur Genüge bekannt.

Umso unverständlicher ist es, dass am 20. September 2006 der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf ein Einfuhrverbot für Katzen- und Hundefelle von den Koalitionsfraktionen abgelehnt wurde, zumal Deutschland europaweit an der Spitze bei Pelz-Importen aus Asien liegt. Sie folgten damit der Mehrheit des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages. Der Antrag, der auch von den beiden anderen Oppositionsparteien unterstützt wurde, sah ein Einfuhrverbot

auf nationaler und auf EU-Ebene vor, und darüber hinaus eine Kennzeichnungspflicht für in Kleidungsstücken verarbeitete Felle.

Es ist nichts weniger als ein blamables Armutszeugnis für unsere Regierung und eine moralische Bankrotterklärung der CDU/CSU und SPD, dass sie sich aus ihrer nationalen Verantwortung stahlen und lediglich zusagten, eine spätere europäische Regelung zu unterstützen. Wie beschämend ist es, dass, im Gegensatz dazu, andere EU-Staaten wie z.B. Belgien, Dänemark Frankreich und Italien nationale Import- und Handelsverbote für Hunde- und Katzenfelle aus Asien erließen. Wieder einmal zeigt sich, dass unter Merkel und Co. nur Rückschritte auf dem Gebiet Tierschutz/Tierrechte zu verzeichnen sind - und dies skandalöserweise angesichts der Tatsache, dass seit 2002 der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert ist.

Die EU-Bürokraten haben sich zwar relativ zügig des Problems angenommen und bereits ein umfangreiches Diskussionspapier vorgelegt, aber wie immer laborieren sie mit Sonderregelungen und Schlupflöchern. Das EU-Importverbot für Hunde-

und Katzenfelle soll nur für Felle gelten, die von Tieren stammen, die speziell für die Pelzgewinnung gezüchtet wurden. „Nebenprodukte“ der



Foto: Von S.A.S.A Japan uns gemailt

„Fleischproduktion“ - und in China werden nun einmal Hunde und Katzen gegessen - werden also weiter ungehindert auf den europäischen Markt kommen. Damit ist das Ganze nur ein weiterer bürokratischer Papiertiger ohne Zähne.

In Deutschland muss der Bürger also weiterhin damit leben, diese unermessliche Tierquälerei durch den Erwerb von Kleidung, Schuhwerk, Spielzeug usw. mit zu verursachen. Die einzige Konsequenz daraus kann nur sein: Ein Totalboykott jeglicher Pelz-Produkte und eine Abstrafung der Regierung, die nachweislich wegen wirtschaftlicher Interessen die grausamsten Auswüchse von Tierquälerei toleriert. Bei der nächsten Bundestagswahl

...nun erst recht unsere Stimmen zu erheben. hat der Bürger mit seiner Stimme die Möglichkeit, den Regierenden dafür eine Abfuhr zu erteilen.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Die Tierschutzpartei – bewertet dieses Verhalten der Regierung, bei dem in schäbiger Weise der Grundgesetzartikel 20a missachtet wurde, als einen weiteren Verfassungsbruch. Die Regierenden sind in die Pflicht zu nehmen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um dem Tierschutz Geltung zu verschaffen - innerhalb der Grenzen unseres Landes und außerhalb seiner Grenzen.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass im Rahmen der Globalisierung und mit dieser Regierung vor allem die Tiere ins Hintertreffen geraten. Dies muss uns Ansporn sein, nun erst recht unsere Stimmen für das gequälte Mitlebewesen Tier zu erheben.

Margret Giese

Redaktion ZEITENWENDE



Partei-Mitglieder demonstrieren in Hamburg
Foto: Ulla Schloön

Die Berichte über die chinesischen Quälereien und Ermordungen von Hunden und Katzen - auch um sie ihrer Felle zu berauben - reißen nicht ab. China ist leider inzwischen zur Hölle für Tiere geworden.

Natürlich ist es sehr wichtig, dass Menschen in freieren Ländern sich für die ausgebeuteten und gequälten Lebewesen in Asien einsetzen und ihnen ihre Stimme leihen. Aber trotz all der grausamen Berichte und Bilder, die um die Welt gehen, schockiert es auch zutiefst, dass so oft nun

„Tierprodukte“ aus Ostasien importiert, so lange wird sich kaum etwas ändern.

Fakt ist: Der größte Teil der Menschheit lebt in Ostasien. Die meisten Asiaten leben ethischer als der Großteil aller Westler es je getan hat. Noch ernähren sich die meisten Menschen in dieser Region der Welt größtenteils vegetarisch, tragen einfache Bekleidung aus Baumwolle und Leinen- oder Plastikschuhe. Aber leider orientieren sie sich mehr und mehr an westlichen Werten; sie wollen so wie „Westler“ sein.

Land. Internationaler Protest und Boykott-Aktionen sind jetzt wichtig, denn die Chinesen selbst haben kaum eine Chance, sich gegen das Diktat der Partei zu wehren.

Sollte es, was leider anzunehmen ist, zu keinem solchen Boykott kommen, dann werden Unmengen von westlichen Sportlern und Sportanhängern in Peking einfallen und den Ostasiaten vorleben, wie westliche Ess-Kultur und die „wahre“ westliche Ethik aussehen. Sie spiegelt sich wider in

Tierquälerei in Ostasien

Die Sichtweise einer dort lebenden Tierschützerin/Tierrechtlerin

in Gesprächen und in Rundmails die Asiaten pauschal als „grausame Bestien“ bezeichnet werden. Natürlich ist die Wut und der Schmerz beim Anblick all des Grauens verständlich, aber den Tieren helfen zu wollen und gleichzeitig ganze Bevölkerungsgruppen zu diskriminieren, läuft in eine absolut falsche Richtung. Denn Tierquälerei, die hinter den Mauern der europäischen industriellen Massentierhaltung tagtäglich millionenfach stattfindet, steht dem Tierleid in Asien nicht viel nach. Ich erinnere an den Massenmord hunderttausender Rinder während der BSE-Krise, an das hysterische Abmetzeln von Hühnern, Gänsen und Enten zu Zeiten der Vogelgrippe, an das Grauen der Tiertodestransporte quer durch Europa in den Nahen Osten, an die barbarische Praktik des Gänsestopfens und vieles mehr.

Der Westen hat es vorgemacht.

China hat mit Japan eine der längsten vegetarischen Traditionen in dieser Welt. Mehr als zwei Jahrtausende hatte die buddhistische, shintoistische und konfuzianische Tradition die Menschen geprägt. Das Tier hatte in den Ländern Asiens einen viel höheren Stellenwert als in Ländern mit christlicher Tradition. Ein Grund, warum sich in Asien das Mensch-Tier-Verhältnis so drastisch verändert hat, ist die fortschreitende „Verwestlichung“, die erst die Grausamkeit gegenüber Tieren hervorgerufen hat. Und solange der Westen

Dieser Trend ist in Japan und Südkorea schon in vollem Gange. Der Westen hat es vorgemacht: Jeden Tag ein Stück „Beef“ auf dem Teller, und selbstverständlich müssen Schuhe aus Leder sein. Sahnetorten essen und Wollkleidung tragen und wie Promis in amerikanischen Filmen in den Fellen ermordeter Nerze, Füchse oder Kaninchen durch die Straßen zu flanieren, bedeutet westliche Lebensart, die für viele Asiaten nachahmenswert erscheint.

Fakt ist: Aufgrund der unaufhaltsamen Globalisierung wird sich Ostasien wandeln. Die chinesische Politik orientiert sich wirtschaftlich am Westen. Die Partei hat die Weichen auf Wachstum um jeden Preis gestellt; die Opfer sind vor allem die Tiere. Wenn China erst einmal anfängt, in großem Umfang selbst Wolle zu „produzieren“, wenn die ländlichen Chinesen anfangen, täglich Sahnetorten und tote Rinder zu essen und Lederschuhe zu tragen, dann beginnt weltweit der „Mega-Mord“, ein Tiergemetzel unermesslichen Ausmaßes.

Die Olympiade in Peking steht vor der Tür. Wünschenswert wäre es, dass Sportler aus westlichen Ländern nicht daran teilnehmen. Nichts wäre wirksamer als ein Boykott aufgrund der Tier-verachtenden Politik (zu Tieren zählen natürlich auch die Menschen) in diesem

Hamburger, Steaks, Schnitzel & Co. und dem Camembert, natürlich aus Frankreich. Daneben sind die Statussymbole aus Leder von Puma und Nike für die Sportler, ihre Funktionäre und die Besucher der Olympiade obligatorisch.

Solange solche „Westler“ nach Ostasien einfliegen, solange im Westen noch der Großteil der Menschen über Tierleichen geht und solange westliche Länder aufgrund von Hysterien Unmengen an Tieren grausam dahinmetzeln, so lange wird es schwierig bis unmöglich sein, in Ostasien wirklich überzeugend für die Tiere einzustehen.

Wer wirklich diese Welt zum allumfassenden Frieden führen will, dem bleibt nichts anderes übrig, als ihn vorzuleben - privat und auch politisch.

Lydia Tanabe
Leiterin von SASA Japan

*Lydia Tanabe mit Hund Yagi am
Ufer des Sumidagawa in Tokio
Foto: Mikinosuke Tanabe*



Horst Seehofer bekommt es nicht in den Griff!

Gammelfleisch

Die Fleisch-Skandale reißen nicht ab

Kaum ein Monat vergeht ohne eine neue Horror-Meldung über verdorbenes Fleisch, das in den Kühlhäusern krimineller Fleischhändler lagert und den blauäugigen Verbrauchern für teures Geld untergejubelt werden soll oder bereits auf ihren Tellern angekommen ist.

Gammelfleisch - oder drastischer „Ekelfleisch“ - im Saarland, in Bayern, in Niedersachsen, in Thüringen, in Nordrhein-Westfalen - kaum ein Bundesland bleibt verschont. Was wir aus den Nachrichten erfahren, dürfte nur die Spitze des Eisberges sein, denn **Was geschehen muss...** alle Maßnahmen, die bisher zur Eindämmung der Fleischskandale von Horst Seehofer und seinem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unternommen wurden, waren nichts weiter als lächerliche Beschwichtigungsversuche, um von einer gescheiterten Agrar- und Verbraucherschutzpolitik abzulenken. Gammelfleisch und kein Ende in Sicht – das ist die reale Sicht der Situation, die dem Medien-gewandten, meist jovial lächelnden Minister über den Kopf gewachsen ist.

Das Lächeln dürfte Seehofer jedoch vergangen sein, denn: „Mir ist bewusst, dass es eine hundertprozentige Kontrolle nicht geben kann.“ (Passauer Neue Presse, 07.09.06) Aber unbestreitbar ist: Nur ein strenges Kontrollsystem von der Schlachtung bis zum Endverbraucher sowie der rigorose Abbau der Fleisch-Überproduktion könnten zu einem Rückgang des „Gammelfleisch“-Problems führen! Gleichzeitig sollten jegliche Subventionen für die „Produktion“ und den Handel von Fleisch gestrichen werden. Aber hier sind dem aus Bayern stammenden Minister die Hände durch eine übermächtige „Fleischlobby“ gebunden; er

kann es sich nicht erlauben, die Bauernverbände und die fleischverarbeitende Industrie zu brüskieren. Die EU bietet Seehofer zudem das rettende Alibi für seine Verbraucherschutzpolitik - schließlich entscheidet Deutschland über einen Subventionsabbau nicht allein. Aber keinem Land ist es untersagt, mit gutem Beispiel voranzugehen und Vorreiter zu sein.

Was geschehen muss, aber nicht geschieht:

1. Staatliche Zuschüsse für landwirtschaftliche Kleinstbetriebe und Biobauernhöfe müssen drastisch erhöht werden, d. h. die von SPD und Grünen initiierte, aber leider mittlerweile ad acta gelegte Agrarwende muss konsequent vorangetrieben werden, denn „Gammelfleisch“ entsteht als Folge der industriellen Massentierhaltung. Als positiver Nebeneffekt würden durch bäuerliche Kleinstbetriebe und Biohöfe, weil arbeitsintensiver, neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

2. Fleisch-Erzeugnisse müssen durch eine nationale Sondersteuer erheblich teurer werden, um dadurch den Markt zu regulieren. Auch die Milchwirtschaft trägt in erheblichem Maße zur Überproduktion von Fleisch bei, da jährlich Hunderttausende von Milchkühen, nach Rückgang ihrer Milchleistung, sowie die männlichen Kälber im Schlachthaus landen. Deshalb müssten sich auch Milch-Erzeugnisse über eine Sondersteuer verteuern. Eine Reduzierung des Konsums von Fleisch- und Milchprodukten über den Preis würde darüber hinaus der Umwelt zugute kommen und die maroden Krankenkassen enorm entlasten, die infolge der Krank-



Fotos: www.soylent-network.de

heitskosten durch einen hohen Fleisch- und Milchkonsum am finanziellen Krückstock gehen. (Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Allergien, Rheuma, Diabetes, Krebs, insbesondere Dickdarm-, Brust- und Prostatakrebs u.a. stehen nachweislich in unmittelbarem Zusammenhang mit der Fehlernährung durch tierische Produkte.)

3. Auch bezüglich Wildfleisch besteht dringend Handlungsbedarf. Doch auch hier hüllt sich die desolante Seehofer-Administration in tiefes Schweigen, anstatt zum Wohle der Bürger die notwendigen Gesetzesänderungen voranzutreiben. Eine tief greifende Reform des Bundesjagdgesetzes ist ohnehin längst überfällig. Erforderlich sind u. a. längere Schonzeiten, eine drastische Herabsetzung der Abschussquoten, ein striktes Verbot, innerhalb ausgewiesener Naturschutz-Areale zu jagen, und ein Verbot der Winterfütterung. Durch

...aber nicht geschieht! eine solche grundlegende Reform des Bundesjagdgesetzes und ein zusätzliches Importverbot von Wildfleisch könnte das Überangebot auf diesem Sektor und damit die Gefahr von langen Lagerzeiten vermieden werden.

Aber nichts von alledem geschieht! Seehofer schützt eindeutig nicht die Verbraucher, sondern die Fleisch-Profiteure und deren Geldbörsen. Wie üblich, entzieht er sich der Verantwortung und allen erforderlichen Maßnahmen mit bloßen Lippenbekenntnissen, begleitet von seinem stereotypen Lächeln.

Was zu sagen bleibt: Solange diese Regierung und Horst Seehofer untätig bleiben, schützt nur ein konsequenter Fleischboykott den Bürger vor den gesundheitlichen Risiken von „Gammelfleisch“.

Margret Giese, Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE



Steuererhöhungen – kein Ende in Sicht

**19% Mehrwertsteuer ab 2007:
Die größte Steuererhöhung in der
Geschichte der Bundesrepublik
Deutschland**

Wenn staatliche Politik die volkswirtschaftliche Substanz eines Landes verwirtschaftet, dann sind alle Bürger davon betroffen. Das Bemerkenswerte daran ist, dass die meisten Bürger eine solche Gefahr nicht wahrnehmen, oder jedenfalls zu spät wahrnehmen, weil sie sich noch nicht als Opfer sehen. Ich spreche von der derzeitigen Steuerpolitik in unserem Lande und von dem Großangriff der schwarz-roten Bundesregierung auf unser privates Eigentum mit der Folge einer uferlosen Belastung durch Steuern und Abgaben.

Selbstverständlich waren Steuererhöhungen vor der Wahl kein Thema. Aber vor der Wahl ist, wie jeder weiß, nicht nach der Wahl, und so greifen Merkel und Steinbrück ungezielt in die Taschen der Bürger. Merkel hat damit nicht nur ein Wahlkampfversprechen in erheblichem Ausmaß gebrochen - ihre fragwürdige Politik belastet Arbeitsmarkt, Wirtschaft und das soziale Gefüge unserer Republik. Die negativen Folgen der Abgaben- und Steuererhöhungen übersieht die Merkel-Administration geistlos. Die Deutschen sind knapp bei Kasse, das reale Einkommen ging auf Grund gestiegener Lebenshaltungskosten und Steuererhöhungen deutlich zurück, und trotzdem wird an der Steuerschraube eifrig weitergedreht. Die größte Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist beschlossene Sache! Mit der vom Bundestag mit den Stimmen von Union und SPD während der Fußballweltmeisterschaft (!) beschlossenen Anhebung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte auf 19 Prozent wird der „deutsche Michel“ erneut geschröpft.

Im internationalen Vergleich ist Deutschland zwar kein Hochsteuerland, aber Fakt ist, dass seit Jahren immer wieder einzelne Steuer- und Abgabarten erhöht oder gar erst erschaffen wurden. Hierzu nur einige Beispiele: 1999 wurden die Ökosteuer und die Stromsteuer eingeführt und Letztere zwischenzeitlich fünf Mal angehoben. 1991 wurde der Solidaritätszuschlag eingeführt, 1993 wieder abgeschafft, um ihn zwei Jahre später mit einem Satz von 7,5 Prozent wieder zum Leben zu erwecken und um ihn dann 1998 schließlich wieder auf 5,5 Prozent zu senken. Die Steuern auf Heizöl

wurden drei Mal erhöht. Im Jahr 2002 wurde die Tabaksteuer erhöht, aber nicht, um mit den Mehreinnahmen etwa das Gesundheitssystem zu entlasten, sondern um den umstrittenen „Kampf gegen den Terror“ zu finanzieren und Haushaltslöcher zu stopfen. Auch die Versicherungssteuer aus dem Jahre 2002 wurde teilweise zur Finanzierung des Antiterrorkampfes herangezogen. 2003 erfolgte eine weitere Anhebung der Tabaksteuer. Daneben wurde der sparende Bundesbürger, wie alle anderen Bürger der EU, durch die Einführung der Quellensteuer (Zinsertragssteuer) im Jahre 2005 zur Kasse gebeten. Bis 2011 soll der Quellensteuersatz auf sage und schreibe 35 Prozent angehoben werden. Daneben wurde der Sparerfreibetrag drastisch reduziert - von derzeit 1.370 Euro für Ledige auf 750 Euro im kommenden Jahr (Verheiratete: von 2.740 Euro auf 1.500 Euro).

Steuererhöhungen und kein Ende in Sicht - und dennoch: Die Staatsverschuldung steigt unaufhaltsam an. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird durch diesen fiskalpolitisch ausgelösten Inflationsschub noch stärker als bisher dahinschwinden, die sich gerade wieder erholende Binnenkonjunktur wird sich durch die Mehrwertsteuererhöhung abschwächen, und die schleichende Verelendung vieler Regionen - vor allem in den neuen Bundesländern - wird weiter voranschreiten. Durch das Sinken der Realeinkommen wird die Zahl der Sozialhilfeempfänger und Obdachlosen ansteigen. Schon heute sprechen Politiker ganz offen und ohne jede Scheu von einer Unterschicht in unserer Gesellschaft. Dass diese Entwicklung in unserem Staat zu einer sozialen Schieflage geführt hat und weiter führen wird, dass neben vielen negativen volkswirtschaftlichen Begleitumständen dies auch ein Auslösefaktor für einen erhöhten Rauschgift- und Alkoholkonsum sowie für eine hohe Kriminalitätsrate ist, liegt auf der Hand. Die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung wächst, weil die Politik der „Eliten“ in Berlin sich nur noch um eine Sache dreht: Machterhalt um jeden Preis!

Dabei könnte eine soziale und ökologische Reform des Steuerrechts so einfach sein, wenn die Klientel-hörigen „Problempolitiker“ sich für eine neue, alternative Steuerpolitik entscheiden würden, wenn sie begreifen würden, dass in Zeiten der fortschreitenden Globalisierung eine Steuer- und Abgabenquote über 40 Prozent eine potenzielle Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland und für den sozialen Frieden darstellt.

Eine Alternative zum bisherigen Steuerdebakel könnte die Abschaffung der Lohn- und

Einkommenssteuer sowie der Lohnnebenkosten und die Abschaffung aller existierenden Subventionen sein. Anstelle dieser Steuerarten sollte eine fünfstufige Konsumsteuer erhoben werden, durch die das Gros aller konjunkturellen, sozialen und ökologischen Probleme gelöst werden könnte. Der Wegfall der bisherigen Steuerarten und Lohnnebenkosten böte die Möglichkeit, verstärkt in die private Alters- und medizinische Vorsorge zu investieren. Langfristig verbesserte sich dadurch die desolate Situation der Renten- und Krankenkassen. Die von mir favorisierte Konsumsteuer sollte fünf unterschiedlich hohe Besteuerungstufen enthalten und würde auf den Konsum von Gütern und auf alle Dienstleistungen erhoben. Sie unterscheidet zwischen fünf verschiedenen Kategorien, nämlich 0 Prozent auf existenziell wichtige Güter wie etwa gesundheitsfördernde Grundnahrungsmittel, öffentliche und umweltschonende Verkehrsmittel und elementare Versicherungen (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung), 20 Prozent auf Güter und Dienstleistungen des alltäglichen Lebens, wie z. B. Bekleidung, 40 Prozent auf gehobene Güter und Dienstleistungen und 60 Prozent auf Luxusgüter. Die letzte Stufe der Konsumsteuer mit 80 Prozent ist zur Steuerung bzw. Sanktionierung von bspw. umweltgefährdenden Produkten gedacht. Da eine weitere Ausführung an dieser Stelle den Rahmen des Artikels sprengen würde, wird in der „ZW“ Ausgabe 26 eine detaillierte Darlegung dieses alternativen Steuerkonzeptes erfolgen.

Abschließend: Die Konsumsteuer ist nicht nur die einzig wirklich soziale Besteuerungsart - sie ist auch die einzig ökologisch nachhaltige Steuer, indem umweltgefährdende Güter einfach höher besteuert würden als umwelt-

verträgliche Güter. Damit würde sich die gesamte Nachfrage einer der größten Volkswirtschaften der Welt an nachhaltigen Gesichtspunkten orientieren.

Diese neue Sicht der Wirklichkeit verbindet ethische, soziale, ökonomische und ökologische Komponenten zu einem nachhaltigen Ganzen. Da aber den „Polit-Eliten“ unseres Landes der Blick für die Notwendigkeit eines völligen Umdenkens abhanden gekommen ist, liegt es an uns, dieser Kurzsichtigkeit abzuwehren, indem wir uns politisch auch zu diesem Themenbereich artikulieren. Einen Versuch ist es allemal wert.

Dominik Storr

MUT-Mitglied, Rechtsanwalt

Rechnen Sie beim Einkaufen auch noch von Euro in DM um? Ach, waren das Zeiten, als die Dose Mais noch für 0,49 DM zu haben war, man sich noch zu annehmbaren Preisen neu einkleiden konnte und beim Friseur für eine Komplettsanierung der Haarpracht nicht annähernd so viel bezahlen musste wie heute fürs Schneiden der Haarspitzen.

Zugegeben, es gibt Verteuerungen, die ich durchaus befürworte: Zigarettensteuer, Benzinpreiserhöhung, Strafen für Verkehrsdelikte zum Beispiel. Aber was macht der Normalbürger, wenn er sich für eine gesunde Lebensweise entscheidet, Kinderarbeit ablehnt, Naturheilkunde statt der Schulmedizin bevorzugt und Bio-Händler unterstützen möchte? Richtig: Er kauft Fair-Trade-Produkte, verwendet Naturheilmittel, boykottiert BAYER – und rennt ins Reformhaus bzw. den Bio-Laden, um sich dort mit möglichst vielen gesunden und naturbelassenen Produkten zu versorgen.

Ich gestehe: Mein Gemüse kaufe ich nach wie vor meist im Supermarkt; ich kann's mir im Bio-Laden schon lange nicht mehr leisten. Eine Honigmelone kostet dort mindestens 7,00 Euro (wir rechnen um: 14,00 DM), im Supermarkt bekommt man sie für ca. 1,50 Euro, also nur ca. 3,00 DM. Ein Päckchen Gemüsebrühe erhalte ich im Supermarkt für maximal 2,00 Euro (leider inklusive Geschmacksverstärker). Im Bio-Laden zahle ich schnell das Doppelte dafür. Aber hin und wieder tue ich mir auch etwas Gutes und kaufe dort; das bin ich mir wert! Die Brauen ziehen sich mir nur dann ungewollt zusammen, wenn ich denke, wie viele Waren ich für 28,00 Euro andersorts erhalten würde. Klug eingekauft, kämen da sicher zwei bis drei Tüten zusammen.

Oh, ich bin kein Geizkragen, aber ich denke pragmatisch: Das Geld, das ich beim Einkaufen spare, investiere ich in Flugblätter oder Info-Stände, um einige Kannibalen aufzuklären. Diese Kannibalen, die ignoranter durchs Leben gehen, sich von jedem fleischlichen Symbol der „Haute Cuisine“ oder der deftigen Hausmannskost wie magisch angezogen fühlen und nur dann auf Bio und „fleischfrei“ zurückgreifen, wenn es im Sonderangebot ist.

Masse Mensch denkt allzu oft in Sonderangeboten, denn „Geiz ist geil“. Und wen wundert's? Die Kassenzettel im Bio-

KASSENSTURZ

Gedanken zur Teuerungswelle in unserem Land

Laden überlasse ich meist schon der Kassiererin, denn ich wage kaum noch draufzuschauen. Man beachte, dass allein ein Soja-Joghurt etwa das Vierfache von einem Milchjoghurt (dank Subventionen für die Ausbeuter) aus Massentierhaltung kostet. Und ich liebe Soja-Joghurt! Mir graust es beim Gedanken daran, dass mich dieses Produkt nach Ablauf der Haltbarkeit all der Neujahrswünsche noch mehr kosten wird. Hier heißt es also, in den sauren Apfel zu beißen. Und sauer wird man sicher angesichts der zu erwartenden Preissteigerungen. Statt mit dem teuren Schuh aus Hanf oder ähnlichen Produkten aus dem Vegan-Markt, heißt es dann eben barfuß laufen. Das ist ohnehin gesünder für den Fuß ...

Und jetzt auch noch die Mehrwertsteuererhöhung! Wen trifft es wohl? Sie ahnen es: Nicht die, die mit der Nobel-Karosserie Marke MX-5 als Zweitwagen und im Nerzmantel aus ihrer vom Gärtner gepflegten Hofeinfahrt rollen. Es trifft sicher nicht die Herrschaften im Bundestag, dagegen aber unsereins, der weit über 100 Jahre arbeiten müsste, um auch nur annähernd an die Höhe ihrer Rente heranzukommen, die sie - trotz aller Unzulänglichkeiten in ihrem Job - nach ihrer Amtszeit erhalten.

Es trifft vor allem diejenigen, die jetzt schon am Existenzminimum dahinvegetieren: Obdachlose, Hartz IV-Empfänger und die Wenigverdiener. Aber auch auf uns Normalverdiener warten keine rosigen Zeiten. Ich glaube, ich gönne mir den Spaß, eine Woche lang alle Kassenzettel zu sammeln und die Summen zu addieren. „Versüßen“ wir uns das neue Jahr mit einem Hauch von Realität, die unweigerlich auf uns zukommen wird.

Wo kann man noch Abstriche machen? Tja, der eine oder andere wird überlegen, ob er nicht doch besser die Mitgliedschaft in dem einen oder anderen Wohltätigkeitsverein aufkündigt – man muss ja sparen. Die Discounter werden sicher neue Kunden gewinnen, vielleicht Kunden, die bislang den Bio-Laden bevorzugt haben. Aber dank Plus & Co. könnten wir ja auch auf „Billig-Bio-Produkte“ zurückgreifen.

Die Rettung aus der Malaise wäre eine Gehaltserhöhung. Im Geiste stelle ich mir das Gesicht meines Arbeitgebers vor, wenn ich ihm erkläre, warum ich eine dreiprozentige Gehaltssteigerung angesichts der wirtschaftlichen Veränderungen als angemessen betrachte.

Ich weiß nicht, wie Sie es halten werden? Ich habe (noch) kein Problem damit, mich einzuschränken, solange Luft und Sonnenlicht nicht besteuert werden. Ich boykotiere dieses System durch weniger Ausgaben. Und plötzlich kommt mir ein Gedanke: Vielleicht möchten die Politiker

ihr unartiges Volk auch nur zu mehr Demut erziehen. Ja! Das wird es sein! Wie konnten wir nur einen Moment den guten Willen hinter den permanenten Verteuerungen in Frage stellen? Wir sollen lernen, uns wieder auf die essentiellen Dinge des Lebens zu konzentrieren; enger zusammenrücken, uns den Obdachlosen und Sozialhilfeempfängern näher fühlen. Eine neue, ungeahnte Welle des Zusammengehörigkeitsgefühls und der Nächstenliebe wird unser Land überkommen und uns zu neuen Höchstleistungen beflügeln ...

Mit solch einem freudigen Gefühl lässt sich das neue Jahr viel leichter beginnen. Was aber dennoch nicht ganz verdrängt werden kann, ist die Erinnerung an billigere Zeiten und das Gefühl, dass in der Politik vielleicht doch nicht alles mit rechten Dingen zugeht ...

Sabrina Schreiber
Redaktion ZEITENWENDE

Foto: Sabrina Schreiber



Die „Unterschicht“

Armut in Deutschland trotz wirtschaftlichem Aufschwung

Ich spreche von den Verlierern unserer Gesellschaft, von der neuen Unterschicht in unserem Land. In Deutschland gelten Menschen als arm, wenn sie mit weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens auskommen müssen. Das trifft heute auf über zehn Millionen Menschen zu. Darüber hinaus leben laut Statistik rund 2,5 Millionen Kinder unterhalb der Armutsgrenze. Einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge sollen 4 Prozent der Deutschen in den alten Bundesländern und sogar 20 Prozent in den neuen Bundesländern am Rande des Existenzminimums leben. Teuerungswelle, Arbeitslosigkeit, Kindermisere und Hartz-IV-Folgen - Armut ist in Deutschland alltäglich geworden - und das in dem Land, das seit Jahren Exportweltmeister ist.

In unserer Gesellschaft hat sich eine Spaltung vollzogen - schleichend, hinter den Kulissen in der Vergangenheit - bereits in den „fetten Jahren“ beginnend, aber deutlich sichtbar in den „mageren Jahren“. Von Chancengleichheit kann keine Rede mehr sein. Nach wie vor sind Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit auf hohem Niveau. Rechnet man noch Beschäftigte in unterbezahlten Mini-Jobs, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, tausende Obdachlose und all jene Menschen dazu, die es aus Verzweiflung aufgegeben haben, sich arbeitslos zu melden, wird uns das „soziale Pulverfass“, auf dem wir alle sitzen, bewusst.

Ein ungeliebtes Thema für unsere Politiker; man spricht nicht gerne darüber, wenn man sich selbst durch Diätenerhöhung und Posten und Pöstchen monetäre Lichtjahre vom Mann auf der Straße entfernt hat. (Franz Müntefering (SPD): Das sei eine Formulierung „lebensfremder Soziologen“, „Es gibt keine Schichten in Deutschland“.)

Die Devise der „Polit-Elite“ lautet also

„Aussitzen“. Das könnte sie – uns alle – jedoch teuer zu stehen kommen, vor allem im Hinblick darauf, dass Tausende von Kindern bereits in Armutsfamilien hineingebohren werden. Ihr Lebensweg steht von vornherein unter negativen Vorzeichen, denn Armut bedeutet Einschränkung und Verzicht in jeder Hinsicht – bezüglich Wohnungsverhältnisse, Ernährung, Kleidung, Besuch des Kindergartens, Förderung im schulischen Bereich usw.

Apropos Schule: Bei Schul-Eingangsuntersuchungen wurden Kinder aus armen Familien 7 Mal häufiger zurückgestellt als andere. Ihr Sprach- und Sozialverhalten, ihr Konzentrationsvermögen etc. entsprechen in vielen Fällen nicht den Anforderungen, und nur knapp ein Drittel schafft den Übergang in eine weiterführende Schule. „Unsere Gesellschaft verbaut Kindern aus armen Familien die Zukunft“, so Jörg Angerstein, Geschäftsführer des Deutschen Kinderschutzbundes im Oktober 2006. Am Beispiel einer „Hartz-IV-Familie“ rechnet er vor, dass einem Kind pro Tag nur 2,59 Euro für Ernährung zur Verfügung stehen – ein „schreiendes Unrecht“, wie er beklagt.

Armut isoliert und stigmatisiert, denn man kann sich nichts leisten, was für den anderen Teil der Gesellschaft selbstverständlich ist. Gravierend für die Heranwachsenden ist die vorprogrammierte Ausgrenzung in der Schule: Wie soll man mithalten ohne Taschengeld, ohne „Status-Kleidung“ wie Jacken von Boss oder Schuhe von Nike – „Renommier-Klamotten“, die heute zur Akzeptanz unverzichtbar scheinen.

Wie soll sich ein gesundes Selbstbewusstsein entwickeln, wenn aus Geldmangel auf erstrebenswerte Annehmlichkeiten verzichtet werden muss. Geht es in unserem reichen Land den Armen schon schlecht genug, so kommt es auf Beschluss der Bundesregierung ab Januar 2007 „noch dicker“, denn das Erziehungsgeld wird durch das Elterngeld ersetzt – mit der Begründung, vor allem Frauen sollte die Möglichkeit gegeben werden, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren. Was sich so gut anhört – in einer „veralternden“ Gesellschaft mit immer weniger Kindern soll der „Mut zum Kind“ gefördert werden – drängt arme Familien weiter ins soziale Abseits! Denn Beziehher niedriger Einkommen werden bestenfalls 14 Monate lang 300 Euro Elterngeld erhalten. Ein Kind armer Eltern ist der Bundesregierung anscheinend

nicht mehr viel wert. „Kinder ja, aber bitte von den richtigen Eltern“ ist offenbar die Devise. Damit wird sehenden Auges ein „Armuts- und Bildungsproletariat“ herangezüchtet, mit unabsehbaren Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Arme Familien bilden den Nährboden für Gewalt: Unzufriedene, überforderte Eltern neigen zu lieblosen, rüden Erziehungsmethoden. Da ist es kein Wunder, wenn z.B. auch die Gewalt in den Schulen zunimmt.

An dieser Entwicklung ist zu einem Großteil eine Regierung schuld, die durch ihre neoliberale Politik der hemmungslosen Umverteilung von unten nach oben - Leistungskürzungen bei Gesundheit, Renten, bei Löhnen und Gehältern und sonstigen staatlichen Zuwendungen - in gesellschaftlicher Hinsicht nachgerade zerstörerisch



Foto: S. Schneider/www.aboutpixel.de

wirkt. „Die im Dunkel sieht man nicht ...“ möchte man mit Bert Brecht dieser verantwortungslosen Politikerklasse zurufen. Um wie viel mehr aber gilt dies Wort für die Tiere, deren Schicksal den Handlangern der Ausbeuter-Konzerne in Wirtschaft und Industrie keinen Pfifferling wert ist! Es ist derselbe Ungeist, der - im menschlichen Bereich - die Armen noch ärmer macht, und die Tiere in noch größerem Ausmaß versklavt, als dies ohnehin schon der Fall war.

Eine solche Politik bewirkt alles andere als ein friedliches Miteinander, im Gegenteil. Aber gerade deshalb ist es notwendig, das Ideal einer friedlichen Welt ohne Armut und ohne Leid in sich zu bewahren. Nur so gelingt es, nicht aufzugeben und Not da zu lindern, wo immer sie einem entgegenkommt - sei es bei Menschen oder bei Tieren. Wobei unbestritten sein dürfte, dass Letztere, als die Allerärmsten, nach wie vor der Hilfe am meisten bedürfen.

Margret Giese, Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE

Hoimar von Ditfurths Buch „So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen - Es ist soweit“ erschien im Jahre 1985. Einige Kapitel darin befassen sich mit dem Zusammenbruch der Biosphäre und den globalen Folgen des Treibhauseffektes. Es war eine erschreckende Zukunftsvision, der man eher skeptisch gegenüberstand. Heute - nur 22 Jahre später - ist das apokalyptische Szenario Realität geworden.

Die durchschnittliche Temperatur auf unserem Planeten hat sich um rund 0,5 Grad erhöht - Tendenz weiter steigend. Die Gletscher der Alpen ziehen sich zunehmend zurück. Wir erleben ein Weihnachten und Silvester 2006 ohne Schnee in Mitteleuropa; vielerorts blühen Ende Dezember Löwenzahn, Margeriten und Buschwindröschen. Die Eisdicke in der Arktis hat seit den 50er Jahren schon um 40% abgenommen. Eisbären verhungern oder fallen sich gegenseitig an, weil ihr polarer Lebensraum sich drastisch verändert hat und sie keine Nahrung mehr finden. Der Meeresspiegel ist definitiv im Steigen begriffen. Wirbelstürme der „Kategorie 5“ im Atlantik und im Pazifik haben sich von Jahr zu Jahr annähernd verdoppelt. Subtropische Trockenzonen breiten sich bis zu 300 km polwärts aus. Der Treibhauseffekt führt zu einer großflächigen Vernichtung des Tropenwaldes; aber auch die Wälder in den gemäßigten Breiten sind in ihrem Bestand durch Trockenheit, Hitze und durch Waldbrände massiv bedroht. Der

globale Klimawandel wird sich im Laufe des 21. Jahrhunderts fortsetzen; er wird dramatischer ausfallen, als bisher angenommen.

Das Chaos-Szenario hat nichts mehr mit Utopie zu tun. Es ist ebenso bedrohlich wie real geworden. Die Erderwärmung und ihre Folgen werden, so die Vorhersage einer Pentagon-Studie, zu Kriegen um die Vorräte an Erdöl, Wasser und Lebensmitteln führen und die zukünftige Geschichte unseres Planeten bestimmen.

All dies ist geschehen, weil der größte Teil der Erwärmung unseres Planeten auf menschliche Aktivitäten zurückzuführen ist. Der Klimakollaps wird unsere Welt, wie wir sie heute kennen, wahrscheinlich noch innerhalb des 21. Jahrhunderts destabilisieren - politisch, ökonomisch und ökologisch. Durch die enormen Süßwassermengen, die von den schmelzenden Gletschern, vom Polareis und durch Regen freigesetzt werden, könnte der Golfstrom schon in naher Zukunft aus dem Takt geraten. Die Folge wären verheerende Dürren im Süden der USA und Afrikas und Überschwemmungen in vielen Regionen Asiens. Skandinavien würde sich in eine Eiswüste verwandeln. Millionen von Menschen würden

ihre Heimat verlassen und in Länder emigrieren, in denen die klimatischen Bedingungen erträglicher sind.

Seit Jahren warnen Wissenschaftler vor den Folgen des Treibhauseffektes, doch der weltgrößte Energieverschwender - die Vereinigten Staaten von Amerika - stellt sich taub und blind. Damit nicht genug - ein viel größeres Gefahrenpotential für das

Zeitenwende - Treibhaus Erde

So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen - es ist soweit!

Klima unserer Erde ist in Asien entstanden. In China, Indien und Indonesien leben rund 40 Prozent der Weltbevölkerung. Addiert man die asiatischen und südostasiatischen Anrainerstaaten wie Bangladesh, Pakistan, Sri Lanka, Thailand, Laos, Kambodscha, Vietnam, Malaysia, die Philippinen und Südkorea dazu, entspricht dies annähernd der Hälfte der Weltbevölkerung. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung in diesen einstigen Entwicklungs- und Schwellenländern sind in den vergangenen Jahren weit mehr als eine Milliarde kaufkräftige Konsumenten zu den wohlhabenden Bewohnern der reichen Länder hinzugekommen. Zusammen entspricht die Kaufkraft dieser Konsumenten mittlerweile der der USA.

Derzeit entfallen bereits rund ein Fünftel des weltweiten Auto-Bestandes auf die Schwellen- und Entwicklungsländer. Es ist also abzusehen, dass sich die asiatischen Menschenmassen mobil machen werden und sich infolgedessen der Klimakollaps drastisch beschleunigen wird.

Wir können also getrost jenes Apfelbäumchen pflanzen, denn es ist tatsächlich soweit.

Gerade deshalb ist es wichtig, dass wir uns noch stärker als bisher im Umweltschutz engagieren, denn es geht um die Heimstatt aller Lebewesen - die der Menschen und der Tiere.

Sabine Jedzig, Stefan Bernhard Eck,
Redaktion ZEITENWENDE

Foto: www.aboutpixel.de



Das Image von TierrechtlerInnen

und TierschützerInnen in unserer Gesellschaft und die Konsequenzen für eine erfolgreiche Tierrechtsarbeit, Teil III

Letzter Teil der gekürzten und überarbeiteten Zusammenfassung des Vortrages von Stefan Bernhard Eck auf dem 18. Parteitag der Tierschutzpartei am 25. März 2006 in Frankfurt am Main.

Meine Damen und Herren, mit dem Wissen um unsere Erfolge sollten wir nun an unserem Image feilen. Zeigen wir der Gesellschaft durch unser Auftreten, dass Tierrechtler, Vegetarier und Veganer keine inkonsequenten Querulanten oder weltfremden Spinner sind. Unsere Glaubwürdigkeit wird an unserem Verhalten gemessen. Deshalb dürfen auch Tierschützer keine Tiere ausbeuten oder essen. Was man schützen will, frisst man nicht auf. So einfach kann Ethik sein.

Auf politischer Ebene gilt, dass Rom nicht an einem Tag gebaut werden kann. Also lautet unsere Strategie „Abschaffung und Reform“. Für das Tier ist jede kleine Verbesserung seiner Lebensverhältnisse so immens wichtig, weil dieses Leben alles ist, was es hat - dieses bisschen Leben, das ihm der Mensch zugesteht. Es ist unsinnig zu glauben, dass wir dadurch den Fortschritt der Tierrechte behindern oder das Unrecht zementieren. Wer dies behauptet, hat nichts von Tierrechten verstanden, so wie ich Tierrechte verstehe, denn er macht noch immer Unterschiede zwischen Mensch und Tier. Wir müssen lernen zu universalisieren. Wenn ich mich dafür einsetze, einem Menschen vor seiner Hinrichtung Wasser und Nahrung zu geben oder mich für eine menschenwürdige Gefängniszelle einsetze, dann ist es meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, dies auch zu tun, wenn Tiere die Betroffenen sind. Wer dies nicht begreift, hat kein wirkliches Herz für Tiere. Er geht der Ideologie wegen an ihrem Leiden vorbei. Das ist kein Tierrechtler in meinen Augen, weil er Unterschiede macht – Unterschiede zwischen Mensch und Tier.

Zeigen wir der Gesellschaft durch unser Auftreten, dass wir nicht zänkisch, zerstrit-

ten, kooperationsunwillig sind. Unsere Devise muss lauten: Gemeinsam sind wir stark! Wir können getrennt marschieren, müssen aber gemeinsam schlagen, um der Tiere willen. Tierrechte ohne Tierschutz sind nicht denkbar, denn wer Rechte hat und diese nicht selbst wahrnehmen kann, muss auch geschützt werden. Die Grabenkriege innerhalb der Bewegungen müssen aufhören. Das schulden wir den Tieren. Und es muss endlich damit zu Ende sein, dass jeder sein eigenes Süppchen kocht. Wir müssen Allianzen bilden und dürfen nicht wählerisch sein. Das Elend ist einfach zu groß. Wenn wir den Kampf für die Tiere einmal gewonnen haben, können wir immer noch dem ungeliebten Alliierten an die Gurgel gehen. Aber jetzt müssen wir unsere Kräfte bündeln! Die „Gegenseite“ lacht sich ins Fäustchen, weil sich die meisten TR-Organisationen nicht grün sind. Dabei geht da draußen das Morden Tag für Tag an Millionen von Tieren weiter. Man nimmt ihr Stöhnen nicht mehr wahr, sieht nicht mehr ihre flehenden Blicke, weil man mit sich selbst und dem Gegner in den eigenen Reihen beschäftigt ist. Nein, so kann es nicht weitergehen, Tierschutz und Tierrechte müssen zusammenrücken.

Zeigen wir, dass wir nicht misanthropisch sind, denn unsere Ethik wird an uns gemessen. Begegnen wir unseren Mitmenschen, auch denjenigen, die noch nicht unsere Idee angenommen haben, freundlich und liebevoll. Es gilt das alte Sprichwort: Wie wir in den Wald hineinrufen, so schallt es heraus.

Zeigen wir der Gesellschaft durch unser Auftreten, dass wir nicht verschroben sind und uns abgrenzen, indem wir uns - wo immer möglich - in das gesellschaftliche Leben integrieren. Wir brauchen uns nicht

zu verstecken. Zeigen wir doch dieser Fraßkultur, dass unsere Ethik und Welt-sicht offen, stolz und selbstbewusst macht. Zeigen wir unseren Mitmenschen, dass wir nicht asketisch sind, indem wir ein genussvolles, erstrebenswertes Leben selbst vorleben. Lassen Sie es sich gut gehen. Zeigen Sie, dass es Ihnen gut geht!

Zeigen wir der Gesellschaft durch unser Auftreten, dass wir nicht humorlos und lustfeindlich sind, indem wir unverkrampft, locker und flockig mit unseren Mitmenschen umgehen. Ein Lachen und ein wenig Freundlichkeit kosten kein Geld. Zeigen wir, dass wir Lust am Leben haben, dass die vegetarische oder vegane Lebensweise gesund, „cool“ und „trendy“ ist. Lassen Sie uns alle Register ziehen, denn dem Tier ist es egal, aus welchem Grund es nicht auf der Schlachtbank oder im Versuchslabor stirbt.

Abschließend sage ich nochmals: Das Glas ist halbvoll. Und wir haben Vorbildfunktionen zu erfüllen. Wir können Trendsetter sein. Aber ein Trend wird nur von der Masse Mensch angenommen, wenn er etwas Positives für den Einzelnen bringt, wenn sich das persönliche Glück und Wohlbefinden maximiert. Also, leben wir es vor. Meine Damen und Herren, zeigen wir den Ewig-Vorgestrigen, dass WIR diejenigen sind, die in Wahrheit glücklich sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

*Stefan Bernhard Eck bei einer Tierrechtskundgebung in Berlin
Foto: Carola Bettenhäuser*



Aufbruchstimmung in Oberursel

Allianz für Tierrechte

Ein Kurzbericht über das Treffen der Allianz für Tierrechte

Keine Kleinigkeit hatten sich die Mitarbeiter/Innen von A.K.T.E. und Stefan Bernhard Eck, Leiter des Arbeitskreises Tierrechte & Ethik und mittlerweile gewählter Vorsitzender des neu gegründeten Landesverbandes Saarland unserer Partei, vorgenommen, um das Projekt „Runder Tisch“ zu realisieren.

Es galt, möglichst viele Tierschützer/Innen und Tierrechtler/Innen für zwei Tage an einem Ort zu versammeln, um Konflikte und Vorurteile abzubauen und eine kollegiale Allianz zur Bündelung der Kräfte zu schaffen, eine Interessengemeinschaft von Organisationen und Einzelkämpfern mit gleichen Zielen, die sich künftig gemeinsam für die Verwirklichung der Tierrechte einsetzen, ohne ihre Eigenständigkeit aufzugeben.

Die Resonanz auf die Idee des „Runden Tisches“ war erstaunlich: 92 Personen fanden sich am 19. und 20. August 2006 in der Reformhaus-Fachakademie in Oberursel ein. Tagungsthemen waren: 1. Die begangenen Fehler innerhalb der Tierrechtsbewegung, 2. der Vegetarismus-Veganismus-Streit, 3. Zielgruppen-Vernachlässigung (Tierschutz-Arbeit an Schulen und Kindergärten), 4. die Notwendigkeit einer doppelten Strategie: „Reform UND Abschaffung“ von jeglicher Tierausbeutung, 5. die Diskriminierung von Tierrechtlern aus Glaubensgründen, 6. die Vorteile eines geschlossenen politischen Auftretens: Was könnte eine gestärkte Tierschutzpartei erreichen?, 7. Festlegung gemeinsamer Ziele und neuer Strategien.

Der Vegetarismus-Veganismus-Streit bzw. die Art und Weise, wie er in den letzten Jahren hauptsächlich im Internet geführt wurde, gehört zu den schwersten in der Tierrechtsbewegung begangenen Fehlern. Gleiches lässt sich sagen vom Streit zwischen einerseits jenen Tierrechtlern, die eine durchsetzbare Verminderung von Tierleid über den Umweg einer Reformierung bestehender Gesetze oder einer Verbesserung der Lebensbedingungen der betroffenen Tiere

strikt ablehnen und für die sofortige Abschaffung jeglicher Form von Tierausbeutung eintreten, und andererseits den Vertretern der Strategie von Reform UND Abschaffung, die, wie Dr. E. Haferbeck (PETA) betonte, auf einige Erfolge verweisen können.

Mit einem weiteren künftig zu vermeidenden Fehler, der Vernachlässigung wichtiger Zielgruppen, beschäftigten sich die Vorträge von Regina Kowalick, Leiterin des Projekts „Schüler für Tiere“ an einem Gymnasium in Köln, und von Astrid Reinke, Tierärztin und Mitwirkende beim Projekt „Tierschutz in der Schule“. Beide Referentinnen schilderten ihre unglaublich positiven Erfahrungen mit Kindern, die aufgrund ihres ausgeprägten Gerechtigkeitsgefühls kein Verständnis hätten für Tierquälerei. Die Tierschutz- und Tierrechtsbewegung habe diese überaus wichtige Zielgruppe bisher vernachlässigt.

Der TS-/TR-Gedanke müsse flächendeckend in die Schulen getragen werden, denn Kinder seien, so Astrid Reinke, der Dreh- und Angelpunkt gesellschaftlicher Veränderung. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, Kontakte zu Tieren für Kinder zu ermöglichen, um ein Gefühl für unsere tierlichen Mitbewesen zu entwickeln und somit vor allem die Entscheidung für eine pflanzliche Ernährung zu erleichtern.

93 Teilnehmer/Innen, ein hoffnungsvoller Beginn

Diskriminierung von Tierrechtlern aus Glaubensgründen: Zum Thema dieses ebenfalls schwerwiegenden Fehlers sprach Julia Brunke, Redakteurin des Verlags „Das Brennglas“, der unter anderem die Magazine „Freiheit für Tiere“ und „Vegetarisch genießen“ herausgibt. Julia Brunke gab einen Abriss der Entstehungsgeschichte des Brennglas-Verlags und schilderte auch die Schwierigkeiten, die dem Verlag daraus erwachsen, dass einige Tierschützer/Tierrechtler der Glaubengemeinschaft Universelles Leben, der sie angehören, feindselig begegneten. Hierüber kam es zuweilen zu einer kontroversen, aber am Ende klärenden Aussprache unter den Teilnehmer/Innen des „Runden Tisches“. Anschließend informierte Andrea Wasch über die seit 3 1/2 Jahren bundesweit mit Großflächenplakaten und Großdemonstrationen laufende Aktion „Esst kein Fleisch!“.

Über die Vorteile eines geschlossenen politischen Auftretens von Tierschützern und

Tierrechtlern in Gestalt einer von ihnen unterstützten Partei konnte ich selbst referieren. In der anschließenden Diskussion wurde von verschiedenen Seiten argumentiert, dass es für die Bündelung der Kräfte notwendig sei, diejenige Partei durch Wahl und Mitgliedschaft zu unterstützen, die - als einzige in der Parteienlandschaft - die Tierrechte zum Schwerpunkt ihres Partei-Programms gemacht hat.

Christina Kremer präsentierte mehrere Instrumente der Kommunikations- und Informationstechnologie. Es wurde u. a. beschlossen, ein webbasiertes Tierrechtsarchiv, eine interne Adress-Daten-Bank mit „Know-how-Liste“ und ein „Rotes Telefon“ einzurichten.

Angela Grube referierte über einige Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Studie „Vegane Lebensstile“ (ibidem-Verlag, Stuttgart) und Reiner Degen (Vegane Zukunft e. V.) führte aus, dass nur eine ganzheitliche Herangehensweise erfolgreich sein könne, und sprach u. a. über die Notwendigkeit des Dialogs mit den Tierausbeutern (Bauernverbänden, Jagdorganisationen, usw.)

Die Tagungsteilnehmer beschlossen einstimmig, künftig zu kooperieren und den „Runden Tisch“, der mittlerweile in „Allianz für Tierrechte“ umbenannt wurde, als permanente Einrichtung zu installieren. Das nächste Treffen wird voraussichtlich im Frühjahr 2007 stattfinden. Weitere Diskussionsrunden sind einmal jährlich geplant. In der Zwischenzeit werden 2 Arbeitskreise die Aktivitäten der „Allianz für Tierrechte“ strukturieren.

Abschließend möchte ich sagen, dass mit der Installation des „Runden Tisches“ ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung getan wurde. Ich möchte mich dem Schlusswort von Stefan Bernhard Eck anschließen: „Es ist nicht mehr aussichtslos - jetzt packen wir's gemeinsam an!“

Jürgen Gerlach

Foto: Carola Bettenhäuser



Funktion	Name	Anschrift	Telefon/Fax	E-Mail
<i>Aufgabenbereiche</i>				
Vorsitzender	Jürgen Gerlach	Hauptstr. 87a 69483 Wald-Michelbach	0 62 07 / 92 04 26 Fax 0 62 07 / 92 04 27	juergen-gerlach@ tierschutzpartei.de
<i>Führung / Repräsentation, Landesverbände, Bundesarbeitskreise</i>				
1. Stellvertreter/in				
<i>Position derzeit nicht besetzt</i>				
2. Stellvertreterin	Giese, Margret	Fontaneweg 36 38304 Wolfenbüttel	0 53 31 / 90 45 25 Fax 0 53 31 / 949 50 95	margret-giese@ tierschutzpartei.de
<i>Kontakt zu ausländischen Tierschutzparteien/Organisationen</i>				
3. Stellvertreter	Jenne, Alfred	Zeppelinstr. 60 76887 Bad Bergzabern	0 63 43 / 98 92 12 Fax 0 63 43 - 98 92 10	alfred-jenne@ tierschutzpartei.de
<i>Kontakte zu inländischen Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen</i>				
Schatzmeister	Holst, Manfred	Postfach 1136 73099 Adelberg	0 71 66 / 16 10 Fax 0 71 66 / 9 13 90 90	manfred-holst@ tierschutzpartei.de
<i>kommisaris, Finanzen</i>				
Schriftführer	Holst, Manfred	Postfach 1136 73099 Adelberg	0 71 66 / 16 10 fax 0 71 66 / 9 13 90 90	manfred-holst@ tierschutzpartei.de
<i>Schriftleitung, Chronik (ab September 2003)</i>				
Stv. Schriftführer	Dunz, Volker	Gröninger Weg 53 74321 Bietigheim-Bissingen	0 71 42 / 5 51 47 Fax 0 71 42 / 91 69 57	volker-dunz@ tierschutzpartei.de
<i>Schriftleitung, Chronik (ab September 2003)</i>				
Beisitzerin	Buzo Sanchez, Rocio	Spessarting 15 63820 Elsenfeld	09 11 / 4 24 47 85	rbuzo@freenet.de
<i>Kontakte in Spanien: Zusammenarbeit mit Margret Giese</i>				
Beisitzerin	Kuch-Jenne, Gerty	Zeppelinstr. 60 76887 Bad Bergzabern	0 63 43 / 98 92 12 Fax 0 63 43 - 98 92 10	kuch-jenne@t-online.de
<i>Sozialpolitik</i>				
Beisitzerin	Prüll, Friederike	Fürstenbergerstr. 162 60322 Frankfurt	069 / 596 91 32	friederike.pruell@gtz.de
<i>Veterinärwesen und Landwirtschaftspolitik</i>				
Beisitzer	Ruzicka, Wilhelm	Mühlgasse 24 06526 Sangerhausen	0 34 64 / 57 66 73 fax 0 34 64 / 27 87 22	wilruz@freenet.de
<i>Kontakte zu Naturschutz- und Umweltverbänden</i>				
Beisitzerin	Thau, Monika	Volmerswertherstr. 386 40221 Düsseldorf	02 11 / 902 33 75	thau@nachi.de
<i>Pressereferat</i>				

Liste der durch Bundesparteitagebeschlüsse gegründeten Bundesarbeitskreise (BAK)

1. BAK Ernährung/Vegetarismus, Gesundheit und Naturheilkunde

Gerty Kuch-Jenne, Zeppelinstr. 60, 76887 Bad Bergzabern,
Tel.: 06343/989212, Fax: 06343/989210, kuch-jenne@t-online.de

2. BAK Alternative Energien

Harald Mühlhäuser, Kleiner Ostring 105, 70374 Stuttgart,
Tel./Fax: 0711/9079460, E-Mail: shdmuehl@aol.com

3. BAK Überarbeitung des Grundsatzprogramms

Michael Siethoff, Rahmenstr. 10, 58638 Iserlohn,
Tel./Fax: 02371/52330, E-Mail: MiSiethoff@aol.com

4. BAK Praktischer Tierschutz

Harald von Fehr, Tütleber Weg 13, 99867 Gotha, Tel.: 03621/400766,
E-Mail: harald.von-fehr@tierschutz-union.de

5. BAK Arbeit und ökologische Wirtschaft

N.N.

6. BAK Menschenrechts-, Entwicklungs- und Asylpolitik

Dr. Holger Schleip, Bahnhofstr. 18, 75217 Birkenfeld,
Tel.: 07231/482333, Fax: 07231/472400

7. BAK Tierrechte/Veganismus

Michael Siethoff, Rahmenstr. 10, 58638 Iserlohn,
Tel./Fax: 02371/52330, E-Mail: MiSiethoff@aol.com

8. BAK Jagd

Hans-Jürgen Lutz, Postfach 1420, 65764 Kelkheim/Ts.
Tel.- und Fax-Nr.: 06195 65118, E-Mail: kii@arcor.de

9. BAK Tiere in der Unterhaltungsbranche

Frank-Michael Malchow, Gleimstraße 10 a, 10437 Berlin
Tel.-Nr. privat: 030 44017524, dienstl.: 030 4243-6643
E-Mail: frank-michael-malchow@tierschutzpartei.de

10. BAK Heimtiere

Astrid Suchanek, M 7, 1 a, 68161 Mannheim,
Tel.-Nr. 0621 178 65 77, E-Mail: asuch@t-online.de

11. BAK Stadttauben

Monika Schüllentach, Marschallstr. 2, 80802 München,
Tel.- und Fax-Nr.: 089 34 89 38

12. BAK Werbung und Öffentlichkeitsarbeit

Jürgen Gruner, Postfach 100 133, 57001 Siegen,
Tel/Fax 0271 - 2339504, E-Mail: gruner-j@online.de

13. BAK Soziales und Kultur

N.N.

14. BAK Haustierdiebstahl

Ingrid Arrigoni, Breslauer Str.15, 38642 Goslar,
Tel./Fax: 05321 330457, E-Mail: ingrid-stahn@web.de

Landes-verbände	Funktion	Nachname	Vorname	PLZ Stadt	Straße	Telefon/ Fax	E-Mail
Baden-Württemberg www.tierschutzpartei-bw.de	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Holst	Ingeborg	73099 Adelberg	Postfach 1136	07166/1480 07166/9139030	ingeborg-holst@ tierschutzpartei.de
Bayern	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Kreuter	Wolfgang	83487 Marktschellenberg	Nesseltalweg 9	01 78/247 6 33 0 12 12/5 17 36 23 06	redaktion@vege- tarier-netzwerk.org
Berlin	Vorsitzender	Kalka	Artur	12045 Berlin	Weserstraße 165	030/44650324 030/44650324	artur.kalka @ gmx.net
www.tierschutzpartei-berlin.de	Geschäftsstelle	Meier	Sandy	13347 Berlin	Türiner Str. 10	0171/6229617	berlin@ tierschutzpartei.de
Hessen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Rust	Christa	60320 Frankfurt	Eschersheimer Ldstr. 280	069/5602163	christa.rust@ t-online.de
Niedersachsen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Giese	Margret	38304 Wolfenbüttel	Fontaneweg 36	05331/904525 05331/9495095	margret-giese@ tierschutzpartei.de
KV Delmenhorst	Vorsitzende	Scharfscheer	Heidi	27755 Delmenhorst	Düsternortstraße 180	04221/23180 04221/280623	heidischarfscheer@ yahoo.de
Nordrhein-Westfalen	Vorsitzende	Stenner	Roswitha	58095 Hagen	Lützowstr. 91	02331/870969 02331/870109	roswitha-stenner@ t-online.de
Rheinland-Pfalz	Geschäftsstelle	Kuch-Jenne	Gerty	76887 Bad Bergzabern	Zeppelinstraße 60	06343/989212 06343/989210	kuch-jenne@ t-online.de
Saarland	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Eck	Stefan Bernhard	08233 Treuen	Preußenstr. 62	037468/5267 037468/68427	eck.akte@arcor.de
Sachsen	Vorsitzender	Hantzsch	Andreas	01909 Großharthan- Schmiedefeld	Dörfel 6	035954/52122	andreas-hantzsch@ tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei-sachsen.de	Geschäftsstelle	Noack	Inge	09306 Breitenborn	Breitenbornerstr. 17	034346/61475	
Sachsen-Anhalt	Vorsitzender	Barczik	Peter	39124 Magdeburg	Curiestr. 58b	0391/7215562 0391/7215562	
Sachsen-Anhalt	Geschäftsstelle	Fassl	Bettina	39106 Magdeburg	Gutenbergstraße 24	0391/56390470 0391/6077283	bettinafassl@ aol.com
Schleswig-Holstein	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Schlohn	Ulla	21465 Reinbek	Blocksberg 43	040/78107468 040/72730261	ulla-schlohn@ tierschutzpartei.de
Thüringen	Vorsitzender & Geschäftsstelle	von Fehr	Harald	99867 Gotha	Tüttleber Weg 13	03621/400766 03621/400766	harald.von-fehr@ tierschutz-union.de

Buchhaltung, Kostenbelege zur Erstattung
an die **Bundesschatzmeisterei**
(kommissarische Verwaltung):
Manfred Holst
Postfach 1136, 73099 Adelberg
manfred-holst@tierschutzpartei.de

Landesbank Baden-Württemberg
BLZ: 600 501 01, Konto: 4 286 088

Bundeschäftsstelle:
Silvia Kerber
Fritz-Schumacher-Weg 111
60488 Frankfurt/Main
Tel. 069/76809659
Fax 069/76809663
bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de
Bürozeiten: Mo.-Fr. 9:00-13:00 Uhr

Bundesschiedsgericht:
Barbara M. Hohensee
Klaushager Weg 38a, 13467 Berlin
barbaho@gmx.de

Webmaster: Kai Jesiek
Deddeborg 1, 26844 Jemgum
Tel. 04958/910441, Fax 04958/910441
webmaster@tierschutzpartei.de

Landesverbände in Aktion

Hier einige Beispiele der Aktivitäten unserer Landesverbände. Bitte wählen Sie selbst zwei besonders wichtige Vorhaben seit Erscheinen der letzten ZEITENWENDE aus!



LV Berlin

20.09.06: Teilnahme an einer von A.K.T.E. organisierten Demo vor dem Friedrichstadtpalast gegen die Beibehaltung der Käfighaltung von Legehennen und gegen die sonstige Tierqualpolitik, anlässlich des Verleihung der „Goldene Henne“ an Frau Merkel.
03.11.06: Teilnahme an der Demo gegen die Beibehaltung der Käfighaltung von Legehennen in sog. „Kleinvoliere“ („Seehofer-Käfig“), anlässlich des Besuches von Seehofer bei der 125-Jahr-Feier des DTB. Protestmails zum Welttierschutztag und zum Weltvegantag („Mit wenig Aufwand viel Leid aus der Welt schaffen“)



LV Schleswig-Holstein

13.09.06: Mahnwache zusammen mit den „Tierbefreiern“ vor dem Hamburger Rathaus anlässlich des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten, abends findet eine Protestkundgebung mit LV HH der Tierschutzpartei und den Tierbefreiern vor dem Atlantik Hotel statt. Falun Gong (Buddh. Meditation) und Tibetaner demonstrierten neben uns gegen die ihnen durch China widerfahrenen Menschenrechtsverstöße.
29.9.06: Teilnahme an Mahnwache anlässlich der Abschlussgala-Veranstaltung im CCH/ Radisson Hotel mit dem LV HH und anderen Tierrechtsorganisationen. Protest gegen die massiven Tierquälereien in China an Hunden, Katzen und Bären. Information der Passanten durch Transparente, Flyer, Plakate und Gespräche.



LV Niedersachsen

November: An zwei Sonntagen wurden Flugblätter anlässlich Hubertus-Gottesdiensten vor dem Braunschweiger Dom sowie einer Kirche im Braunschweiger Land verteilt und Passanten auf diese unsinnige und tierfeindliche Tradition aufmerksam gemacht.



LV Sachsen-Anhalt

01.10.06: Parteifreundin Angela Jackowski organisierte den 5. Erntedank-Gottesdienst in Cobbel. Pfarrer Peter Gümbel mahnte, die Augen nicht vor dem Leid der Tiere zu verschließen und bestärkte die Gegner der Schweinemastanlage Mahlwinkel, weiterzukämpfen. Er lobte das Engagement von Frau Jackowski, die mit den Geldern aus der Kollekte ein Pferd vor dem Schlachter bewahren wird. Zum Abschluss gab es eine Stärkung am reichhaltigen Kuchenbuffet und nette Gespräche mit Tierfreunden aus ganz Sach-

sen-Anhalt. Im Lokalteil „Der Altmärker“ der Volksstimme wird ausführlich berichtet. **15.11.06:** Vertreter des LV und der Vorsitzende Peter Barczik folgten der ausdrücklichen Einladung zum Gespräch des Schönebecker Hundevereins, um gegenüber SPD-Landtagsabgeordneten zum Kampfhundegesetz Stellung zu beziehen.



LV Nordrhein-Westfalen

11.09.06: Der LV NRW - vertreten durch die Landesvorsitzende Frau R. Stenner, Frau M. Thau und Herr U. Ily als Mitglieder des Bundesvorstandes der Tierschutzpartei - war in Luxemburg bei der Begrüßung der „Wantoo-Läufer“ durch Frau Anny Eck-Hieff (Tierschutzorganisation ALPHA) zugegen. Zum **31. Januar 2007** wurde die Geschäftsstelle des Landesverbandes NRW in Hagen geschlossen.



LV Thüringen

September: Zahlreiche Strafanzeigen und Schreiben an Behörden. Zum Beispiel: Ein Beschwerdeschreiben an den Oberbürgermeister von Merseburg wegen tierschutzwidriger Haltung eines einzelnen Kolkrahen vor dem städtischen Schloss. Erfolg: Der Rabe hat eine 36 m² große Voliere und eine Gefährtin erhalten.



LV Baden-Württemberg

11.11.06: Landesparteitag mit Neuwahlen in Stuttgart (ausführlicher Bericht siehe weiter unten).
16.12.06: Teilnahme an der MUT-Kundgebung in Aßlar, Bereitstellung von Plakaten.

Landesparteitag am 11. 11. 2006 in Stuttgart

Bei unserem Landesparteitag am Samstag, den 11. November 2006 in Stuttgart, standen diesmal unter anderem wieder die Neuwahlen des Vorstandes auf der Tagesordnung. Nach den Rechenschaftsberichten des Vorstandes, vorgetragen von Volker Dunz und des Schatzmeisters Manfred Holst, wurden die Wahlen durchgeführt.

Es wurden gewählt: zur 1. Vorsitzenden Ingeborg Holst, zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden Volker Dunz und zur 2. stellvertretenden Vorsitzenden Christine Renz. Zum Schatzmeister wurde wieder Manfred Holst gewählt und als Beisitzer/innen Jasmin Ecker, Ulrich Jäck, Manuela Jörg, Stefan Ade, Evelyn Rohrbach. (Kleine Anmerkung: Die Frauenquote wurde exakt eingehalten).

Leitgedanke für den weiteren Verlauf des Parteitages war die Überlegung: Wie können wir der derzeitigen politischen wie auch gesellschaftlichen Stagnierung im Tierschutz entgegenwirken? Statt in zwanghafter Ruheposition auszuharren, gelte es, auch mit kleinen und kleinsten Schritten weiterzuagieren. So ermunterte Ingeborg Holst die Anwesenden, immer wieder Leserbriefe zu aktuellen Ereignissen zu schreiben. Die fatalen Folgen eines Medikamententests im März dieses Jahres z.B. waren eine passende Möglichkeit, sich gegen Tierversuche zu äußern. Gute Leserbriefe sind eine kleine, aber feine Möglichkeit für jeden, etwas zur Meinungsbildung beizutragen. Übrigens könne man gerade bei größeren Blättern inzwischen eine veränderte, nicht mehr so überzeugte Haltung zu Tierversuchen feststellen.

Eine weitere gute Idee, die zwar sehr aufwändig, dafür umso effektiver ist, wäre, Tierschutzlehrer/innen für Ganztagschulen anzubieten. Gerade an diesen Schulen würden für die Nachmittagsbetreuung Ehrenamtliche aus den verschiedensten Vereinen und Institutionen gesucht. Dass hier z.B. schon Jäger hinein-drängen, müsste für uns umso mehr ein



Foto: Regina Kowalczick

Ansporn für ein schnelles Handeln sein, meinte Ingeborg Holst. Es wird deshalb dringend eine Ausbildungsstätte für Tierschutzlehrer/innen in Deutschland benötigt. Ganz besonders auch, weil die allseits bekannte Ausbilderin in Graz, Charlotte Probst, aus Altersgründen leider aufhört. Unser Vorstandsmitglied Ulrich Jäck, der vor einigen Jahren seine Ausbildung noch dort gemacht hatte, vervollständigte mit seinem Referat „Tierschutzlehrer an Kindergärten und Schulen“ die Informationen. Begleitend dazu zeigte er den pädagogisch sehr gut durchdachten Videofilm „Eine Welt für alle“.

Abschließend trug unser Mitglied Alexander Nabben ein selbst verfasstes Gedicht mit dem Titel „Ausrede“ vor, wofür er Erheiterung und Beifall erntete.

Ingeborg Holst

Internes näher beleuchtet:

Sachsen-Anhalt und die „Kampfhunde“

LV Sachsen-Anhalt und „Bündnis für Tiere“ kämpfen gemeinsam gegen Einführung der Rasseliste, Teil 1

Um es vorwegzunehmen: Wir befürworten durchaus ein Gesetz zur Hundehaltung, auch und vor allem im Interesse der Tiere! Des Weiteren muss der Vollzug der bestehenden Sicherheitsvorschriften verbessert werden. Seit langem fordern Tierschützer eine bundesweit einheitliche Regelung: a) ein Haustiergesetz, b) eine Versicherungspflicht, c) einen Hundeführerschein, d) eine Kennzeichnungspflicht (Chip). Durch ein solches Gesetz würden sowohl die Menschen als auch die Tiere geschützt. Unser vorrangiges Ziel ist es, ein Gesetz mit einer Rasseliste zu verhindern.

Auf Grund zweier Vorfälle in jüngster Zeit startete die Presse Sachsen-Anhalts eine regelrechte Kampagne gegen „Kampfhunde“. Die Berichterstattung war tierfeindlich und unsachlich, schuld war jeweils „die Bestie“.

So wurde in Groß Rossau eine 91-jährige Frau vom Hund ihres Enkels gebissen. Kurz darauf verstarb sie. Nach Zeitungsberichten waren schon zuvor zwei Hunde des Mannes auffällig und wurden euthanasiert. Die Vermutung drängt sich geradezu auf, dass der Halter nicht in der Lage war, diese Hunde verantwortungsbewusst zu erziehen.

In Stendal wurde kurz darauf ein Junge von einem Hund durch Bisse verletzt. Die näheren Umstände sind bis heute unklar geblieben. Der Hund, der an einem Baum angebunden war, wurde von einem Polizisten inmitten einer Schar Schaulustiger erschossen, da man angeblich nicht in der Lage war, ihn lebend in ein Tierheim zu verbringen. Zuschauer waren entsetzt und zündeten aus Trauer um das Tier eine Kerze an. Ein Hundegegner warf diese und niedergelegte Blumen in den Müll mit dem Argument, dass ein Tier nicht mehr zählen dürfe als ein Mensch. In der örtlichen Presse diskutierten Leserinnen und Leser hierüber aufgeregt und sehr kontrovers.

Beide Fälle werden nun als Argument für die Einführung einer Rasseliste benutzt. Innenminister Hövelmann tönte eilig, er würde sein „Kampfhunde“-Gesetz zum Schutz der Bevölkerung noch in diesem Jahr durchboxen.

Wir meinen, dass dies der falsche Weg ist. Ein Sicherheitskonzept sollte auf Vernunft beruhen und nicht auf Hysterie. Entsprechend hat der Magdeburger Verein „Bündnis für Tiere“ mit unserer Unterstützung eine Stellungnahme ausgearbeitet und den Landtagsfraktionen übersandt. Viele der enthaltenen Argumente wurden auch von Abgeordneten der PDS und der FDP – unter namentlicher Nennung des Vereins „Bündnis für Tiere“ – übernommen!

Der Schönebecker Hundeverein lud für den 15. November 2006 zu einer Diskussion mit Landtagsabgeordneten ein und erbat ausdrücklich das Erscheinen von Vertretern unseres Landesverbandes. Dieser Bitte kamen Landesvorsitzender Peter Barczik und Bettina Fassel (Vorstandsmitglied des LV Sachsen-Anhalt) nach. Sie wurden begleitet von Josef Fassel, dem Vorsitzenden des Vereins „Bündnis für Tiere“.

Herr Bernward Rothe, innenpolitischer Sprecher der SPD, begründete die Gesetzesinitiative nur aus juristischer Sicht. Er bezog sich auf das Gesetz in Hessen und erklärte, es sei von den Gerichten überprüft worden und nicht anfechtbar. Es solle übernommen werden, da man sichergehen wolle, nicht wieder – wie bereits im Jahre 2004 – zu scheitern. Frau Petra Grimm-Benne, ebenfalls SPD, sagte: „Wir kupfern das Gesetz einfach ab.“ Diese Äußerung veranlasste Peter Barczik zu dem Ausruf, Sachsen-Anhalt verfüge doch wohl selbst über kluge Köpfe, um sich Gedanken über sinnvolle Regelungen zu machen.

Durch Einführung des § 71a in das Hessische Gesetz für öffentliche Sicherheit und Ordnung wurde für die Verwaltung eine Er-



Foto: www.tierschutzreporter.de

mächtigungsgrundlage für den Erlass der Gefahrenabwehr-Verordnung über das Halten und Führen von Hunden geschaffen. Der Erlass der Verordnung (HundeVO) wurde für notwendig gehalten, weil man der Meinung war, dass bestimmte Hunderassen von Natur aus aggressiv seien; ferner zog man die statistisch erfassten „Beiß-Unfälle“ in Hessen für die Entscheidung heran. Die Verordnung wurde vom Verwaltungsgerichtshof (VGH) Kassel am 27.01.2004 bestätigt. Problematisch war besonders die Begründung der rassebedingten Gefährlichkeit. Diese ist länderspezifisch zu begründen. Der VGH Kassel forderte, dass sich die Gefährlichkeit eines Listenhundes zumindest aus einer Statistik über Beißunfälle oder aus der Versagensquote bei Wesenstests ergeben müsse. Nach der Rechtssprechung besteht die Verpflichtung, die Einschätzung unter Berücksichtigung von neuen Erkenntnissen und Erfahrungen zu korrigieren. Es ist daher irrational, für Sachsen-Anhalt den hessischen Verordnungstext zu übernehmen, weil erst zu belegen ist, welche Hunderassen in der Vergangenheit in unserem Bundesland (Sachsen-Anhalt) auffällig geworden sind. Entsprechend warf der Vorsitzende des Vereins „Bündnis für Tiere“, Josef Fassl, gegenüber Herrn Rothe ein, dass es in Sachsen-Anhalt überhaupt keine offiziellen Statistiken gebe und die in einigen Landkreisen geführten Statistiken der Veterinärämter wie z.B. in Magdeburg und Schönebeck gezeigt hätten, dass gerade die „Kampfhunderassen“ bisher nicht auffällig geworden seien.

Keine andere „Kampfhunde-Verordnung“ wird derzeit öffentlich so kritisiert wie die in Hessen; dies belegt z. B. ein Protestbrief der Bundestierärztekammer.

Aktueller Sachstand: Zumindest in diesem Jahr wird das Gesetz nicht mehr verabschiedet. Anscheinend neigen immer mehr Abgeordnete zu einer rasseunabhängigen Regelung. Eine Anhörung im Landtag lässt sich nicht umgehen und wurde für den 11. Januar 2007 angesetzt. Hierzu ist wieder Josef Fassl vom „Bündnis für Tiere“ eingeladen. Über den Fortgang werden wir zu gegebener Zeit informieren.

Bettina Fassl

Vorstandsmitglied des LV Sachsen-Anhalt

Kreisverband Delmenhorst

Wir machen Politik - Steter Tropfen höhlt den Stein Mensch-Umwelt-Tierschutz „step by step“

Wie geht denn Politik? Ganz einfach: reinstürzen in die vielen „ungeregelten Zustände“, die wir als ungerecht, unsozial oder gar abstoßend empfinden. Sie passieren in eurer Nähe - in Familie, Nachbarschaft, Freundeskreis oder, wie bei uns Delmenhorstern, im Rathaus. Wir machen das so: Zuhören, was die Alteingesessenen zu den schwelenden und ungelösten Problemen erklären, was warum und wieder nicht geklappt hat; diskutieren und bringen als Neue, sozusagen als Frischlinge, Ideen ein, begründete Argumente; haken und bohren immer wieder nach. Hierdurch wird zum einen der „Rats – Schlamm“ gelockert, und zum anderen werden die Altvorderen wieder mit Glück ein wenig sehend gemacht.

Zur Unterstützung und Durchsetzung werden am besten Gruppen, Bürgerinitiativen gebildet, die Bürgerbefragungen durchfüh-

ren, Aufklärungsarbeit persönlich und über die örtliche Presse betreiben, Sammlisten im Rathaus einreichen, Politiker zu ihren Treffen einladen und sie so lange nerven, bis endlich Teile ihrer Masken aufbrechen und die Individuen sichtbar werden. Dann von Mensch zu Mensch reden, reden, reden ... ganz nach dem Motto „Steter Tropfen höhlt den Stein“. Genau das ist unsere Chance als Mensch-Umwelt-Tierschutz: Positives zu bewirken „step by step“.

Durch unseren Ratsherrn Henning Suhrkamp haben wir jetzt endlich auch die Möglichkeit, in unserer Stadt Veränderungen zu bewirken und vielleicht auch durchzusetzen. Politik ist ein Geschäft, das von Diskutieren, Manipulieren – bitte zu verstehen im besten Sinne -, von ständiger Hartnäckigkeit geprägt ist und auch von der Presse belebt wird. Unsere positive Aktion zurzeit läuft im Bürgerbegehren zum Erhalt der Delmenhorster Frei- und Hallenbadanlage. Kurz gesagt: Statt Abriss und Neubau in der Art Wellness-Tempel möchten wir gemeinsam mit vielen Bürgern unserer Stadt, dass das Bad erhalten bleibt und im Rahmen einer notwendigen Sanierung attraktiver gestaltet wird. Kostenersparnis von vielen Mio. Euro käme unserer finanziell gebeutelten Stadt sehr zugute. Ganz besonders intensiv arbeiten Lydia W. und Detlev H. mit dieser Gruppe zusammen. Sie treffen sich wöchentlich zum Besprechen unserer Aktivitäten, gehen auf die Straße, um Unterschriften zu sammeln und Aufklärung zu leisten. Durch hartnäckigen Einsatz zeichnen sich langsam Erfolge ab. Es sieht so aus, dass die Stadt doch noch einmal die bisherigen Entscheidungen überarbeiten wird. Wir hoffen das Beste und bleiben am Ball.

Nun begeben wir uns ins Rathaus zu unserem Henning Suhrkamp. Leider musste sich Henning gleich nach der ersten konstituierenden Sitzung eine Auszeit nehmen: Er erlitt einen leichten Schlaganfall, bekam Gott sei Dank rechtzeitig die nötige Hilfe und Behandlung, und zu unserer großen Erleichterung und Freude befindet er sich auf dem besten Wege zu einer vollständigen Gesundung, sodass er voraussichtlich ab Mitte Dezember seine politische Tätigkeit weiterführen wird. Die Fraktionssitzungen finden hier 14-täglich statt. Während der Wochen seiner Genesung nahm unsere 1. Vorsitzende, Heidi Scharfscheer, die Geschäfte im Rathaus wahr. Sie führte die Gespräche mit den anderen Parteien, definierte politische Abgrenzungen, fand im Gegenzug auch Gemeinsamkeiten mit anderen Politikern.

Um Einfluss auf die Geschehnisse unserer Stadt nehmen zu können, bilden wir für die kommende Legislaturperiode eine Gruppe mit den Grünen - sozusagen die kleine Koalition in einer starken Opposition. Unser Mann im Rat wird im Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales und im Ausschuss für Gesundheit, Verbraucherschutz und Gefahrenabwehr arbeiten. Wir machen Politik! Ganzheitlich, im Sinne von Mensch-Umwelt-Tierschutz!

Rosie Worgull

Foto: www.aboutpixel.de



Literaturempfehlungen



Sie haben uns behandelt wie Tiere - Wie wir jeden Tag mühelos Tiere schützen können

„Sie haben uns behandelt wie Tiere“ ist vielleicht eines der wichtigsten Bücher der letzten Jahre zum Thema Tierschutz. Manfred Karremann richtet sich vor allem an die „Tierschützer“ von morgen, an die Menschen also, deren Herz er mit seinen erschütternden Fernsehdokumentationen erreicht hat und die daraufhin die nächstliegende Frage stellen: Was kann ich denn tun? Auf sehr persönliche Weise berichtet Manfred Karremann von dem Tierleid, das er im Laufe seines Lebens als Fernsehjournalist gesehen hat. Er beschreibt seine Erlebnisse in Schlachthöfen, Mastbetrieben und Transportstationen, erklärt Zusammenhänge und stellt dabei auch grundsätzliche Fragen, wie „Welche Bedeutung kommt in unseren Zeiten dem Recht des Stärkeren zu?“ Schritt für Schritt und ganz ohne Vorwürfe macht er den Leserinnen und Lesern dabei klar, welchen Anteil sie selbst an dem geschilderten Leid tragen und wie sie das ändern können.

Die große Überzeugungskraft gewinnt das Buch sicher auch dadurch, dass sich Manfred Karremann in seinen Urteilen stets selbst zurücknimmt, trotz all der erlebten Grausamkeiten immer bedächtig bleibt – und bescheiden: „Ein bisschen Tierschutz ist besser als keiner“. Plumpe Verurteilungen findet man hier nicht. Manfred Karremann spricht in leisen Tönen und ohne jede Sentimentalität. Und genau das ist es, was seine Worte so wirkungsvoll macht. Wo andere anklagen, versucht er erst einmal zu verstehen. So auch die Arbeiter, die im Schlachthof Tiere töten. Es sind „Menschen die das Geld brauchen, das sie damit verdienen. Und: Die stellvertretend für jene töten, die ihre Verantwortung an der Ladentheke abgeben. [...] Die Psyche der Menschen, die an solchen Orten arbeiten, schützt sich durch Verdrängung, um nicht allzu viel Schaden zu nehmen.“ Manfred Karremann nimmt Stellung zu dem Unrecht, indem er es ohne erhobenen Zeigefinger beschreibt und nicht, indem er den Einzelnen anprangert.

„Sie haben uns behandelt wie Tiere“ ist lohnenswert für alle, die sich für Tierrechte einsetzen. Es bietet nicht nur gute Argumentationshilfen, sondern regt auch dazu an, über die eine oder andere Frage neu nachzudenken – und das hat ja bekanntlich noch nie geschadet. Fazit: Unbedingt zu empfehlen!

Manfred Karremann:
Sie haben uns behandelt wie Tiere – Wie wir jeden Tag mühelos Tiere schützen können

Höcker Verlag Hamburg,
2006 Reichenberg,
ISBN 3-9804617-4-2,
1. Auflage Nov. 2006,
224 Seiten, 14,90 €



Von der Jagd und den Jägern - Bruder Tier und sein Recht zu leben

Dieses neue Antijagdbuch des Biologen und Landschaftsökologen Dr. Karl-Heinz Loske besteht aus 4 Teilen. Um es vorwegzunehmen: Es ist ganz anders als alle bisherigen Bücher zum Thema. Im ersten Teil des Buches findet sich eine Fülle an Zahlen und Daten zur Jagd und ihren Hintergründen.

Dr. Karl-Heinz Loske:
Von der Jagd und den Jägern -
Bruder Tier und sein Recht zu leben
Edition Octopus, Münster,
ISBN 978-3-86582-372-4
1. Auflage Dez. 2006,
324 Seiten, 16,80 €

Der Autor beleuchtet z.B. die jagdliche Praxis mit vielen Beispielen und befasst sich ausführlich mit der Rolle der Jagd bei der

Menschwerdung. Nach einigen grundsätzlichen Kapiteln wie z.B. zur Symbolik von Fleisch und zur spirituellen Ethik von Jägervölkern, zeigt der Autor, dass die heutige „Jagdkultur“ nicht in der Tradition unserer Vorfahren steht, sondern kulturell konditioniert ist. Für ihn ist die heutige Freizeitjagd ein Produkt der jüdisch-christlich bedingten Abtötung der Tierseele und der darauf aufbauenden, abendländischen Herrschaftshaltung mit ihren negativsten Attributen: Ausbeutung, Gefühlskälte und Grausamkeit.

Im zweiten Teil nimmt sich der freiberuflich in der Landschaftsökologie tätige Autor die zwölf wichtigsten Jagdmythen vor und stellt ihnen ökologische Tatsachen gegenüber. Sie belegen, dass die Hobbyjagd keinerlei ökologisch-naturwissenschaftliche Berechtigung hat und zur Manipulation des Lebendigen verkommen ist. Während die alten Mythen der Naturvölker authentisch waren und gelebt wurden, sind die Mythen der Hobbyjäger tot und nichts anderes als der Versuch, die Naturausbeutung mit falschen Argumenten zu legitimieren. Jäger sind keine Heger und werden für ein biologisches Gleichgewicht nicht gebraucht. Als Saubermänner in Wald und Flur sind sie schlicht überflüssig und ihre Art zu denken und zu jagen ist gegen lebendiges Fließen in der Natur gerichtet. Dieses Denken steht schon lange nicht mehr im Einklang mit natürlichen Prozessen und verkörpert stattdessen den männlichen Anspruch auf Manipulation der natürlichen Welt. Jagd ist danach kein Ausdruck von Liebe zur Natur, sondern mit ihr leben sich destruktive, emotionale Strukturen und irrationale Leidenschaften aus. Wer tötet, was er liebt, so der Autor, ist seelisch krank. Deshalb ist das Töten auf der Freizeitjagd Symptom einer Krankheit und keine Therapie für die Natur.

Friederike Prüll

Margret Giese, Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZEITENWENDE

Unsere vegetarisch/vegane Restaurant-Empfehlung Ökoase - Vegetarisches Bistro



Die „Ökoase“ in Halle ist eines der wenigen rein vegetarischen Gasthäuser in Sachsen-Anhalt. Das Bistro liegt in der schönen Hallenser Innenstadt. Frei nach dem Motto des Hauses „Köstlich willkommen!“ empfiehlt sich dem Gast u. a. eine leckere Kombination von gemischtem Brotkorb, Linsen-Curry-Aufstrich, vegetarischem Schmalztopf, vielleicht ergänzt durch Frischkäse-Lauch mit buntem Pfeffer und einem frisch gepressten Saft. Wer es weniger deftig mag, kann z. B. den selbst gebackenen Karotten-Nuss-Kuchen probieren.

Die „Ökoase“ bietet auch einen ebenso leckeren wie preiswerten Partyservice an. Mit einer Sultan-Suleiman-Suppe, einer orientalischen Spinatsuppe mit Linsen, gebratener Aubergine mit Dattelpastete oder gebackenem Gemüse aus dem Wok mit verschiedenen Dips kann man sicher auch Nichtvegetarier begeistern.

Und als Besonderheit: Wer zu Hause nicht auf eine größere Anzahl von Gästen eingestellt ist, der kann sich beim netten „Ökoase“-Team auch das Geschirr für bis zu 50 Personen mieten.

Ökoase - Vegetarisches Bistro

Kleine Ulrichstraße 2, 06108 Halle (Saale)
Tel.: 0345 2901604, Fax: 0345 5223984

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 10 - 19 Uhr

Das vegane Rezept:

Rote Bete-Creme mit Dill

Ein farbenfroher und äußerst schmackhafter Brotaufstrich, der nicht nur optisch gut aussieht, sondern auch viele gesunde Inhaltsstoffe vorzuweisen hat: Rote Bete ist ein Wurzelgemüse, das reich an Mineralsalzen und Vitaminen ist. Diese wirken blutbildend. Dill wirkt beruhigend, entkrampfend und erwärmend.

Zutaten für 4 Personen:

1 Rote Bete (etwa 250g) vorgekocht
1 Bund Dill oder alternativ tiefgefroren
150g Milk freecreme Soja / Creme fraiche
1 TL Zitronensaft
1 Zwiebel
1 Knoblauchzehe
Salz, Pfeffer und 1 Prise gemahlener Kümmel

Zubereitung: Die Zwiebel schälen und fein hacken. Den Dill waschen, trocken schütteln und hacken. Die Rote Bete schälen und auf der Rohkostreibe fein raspeln. Rote Bete, Zwiebeln und Dill mit Creme fraiche und dem Zitronensaft verrühren. Den Knoblauch schälen und dazupressen. Die Creme gut durchrühren und mit Salz, Pfeffer und dem Kümmel pikant abschmecken.

Sabine Jedzig



IMPRESSUM

Herausgeber und V.S.d.P.:

Partei Mensch Umwelt Tierschutz
- Die Tierschutzpartei -
Fritz-Schumacher-Weg 111
60488 Frankfurt/Main
Tel.: 069/76809659
Fax: 069/76809663
info@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Anschrift der Redaktion:

Jürgen Gruner
Postfach 100 133, 57001 Siegen
Tel./Fax 0271/2339504
gruner-j@online.de

Redaktionsleitung:

Margret Giese, Stefan B. Eck
zeitenwende @tierschutzpartei
Satz, Layout: Claudia Carius

Druck und Vertrieb:

Printec Offset Medienhaus
Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel
100% Recyclingpapier
Auflage: 2000 Exemplare
Erscheinungsweise: vierteljährlich.

Bank: LB Baden-Württemberg,

BLZ: 600 501 01, Konto: 4286 088

Rechtliches: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich die Kürzung und Bearbeitung von Artikeln vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos, Datenträger etc. wird nicht gehaftet. Es ist nicht unsere Absicht, durch Beiträge in Wort und/oder Bild zu Straftaten aufzurufen. Wir übernehmen keine Haftung für die Inhalte angegebener Internet-Links. Für diese Seiten sind ausschließlich die BetreiberInnen verantwortlich. Alle Rechte vorbehalten Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktionsleitung. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. **Für AutorInnen und FotografInnen:** Nach Möglichkeit bitte Texte als Word-Datei (.doc) und Bilder als Gra-fik-Datei (.jpg oder .tif) schicken. Ansonsten Bilder im Original per Post. **Redaktionsschluss:** 31. März 2007

Tierschutzpartei Netzwerk

Viele Mitglieder bedeuten viele Fähigkeiten und Kenntnisse.

Um das Potential unserer Mitglieder bekannter zu machen sowie Kenntnisse und Fähigkeiten miteinander zu verknüpfen, möchten wir Sie bitten, dieses Formular auszufüllen und zurückzusenden. Ihre Kontaktangaben werden vertraulich behandelt und nur an nachgewiesene und vertrauenswürdige aktive Mitglieder weitergegeben, die Ihre Hilfe oder einfach nur eine fachspezifische Information benötigen. So kann gemeinsam und effektiv für unsere Anliegen gearbeitet werden. Die Ergebnisse werden als Überblick in der Zeitenwende und den Internetseiten der Partei vorgestellt.

Auf welchem/n praktischen Gebiet/en haben Sie spezielle Kenntnisse/Fähigkeiten/Wissen? Nicht nur Tierschutz/Tierrechte, sondern auch anderes ist interessant!

Haben Sie in politischer Hinsicht spezielle Kenntnisse/Fertigkeiten/Wissen? Sind Sie Fachmann/-frau für ein bestimmtes Thema?

Können Sie sich in einem unserer Bundesarbeitskreise (Seite 18) einbringen oder als Ansprechpartner für Rückfragen und Informationen hierzu dienen?

Können Sie einen Artikel für die ZEITENWENDE beitragen/vermitteln oder anderweitig unsere Recherchen mit Material und Infos zu bestimmten Themen unterstützen?

Name und Adresse/ Telefonnummer/ E-Mail-Adresse für das Netzwerk

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Infomaterial

Zusendung des gewünschten Materials gegen Unkostenerstattung, kostenloser Download auf der Homepage möglich.

Anzahl

1. Neue Strahlenschutzverordnung / Radioaktive Verseuchung des Trinkwassers

2. Aufnahmeantrag

3. Warum eine Partei im Einsatz für Tier und Natur so wichtig ist

4. Einige Fragen und Antworten zur Tierschutzpartei

5. Tierversuche abschaffen! NEIN zur Gentechnik

6. Themenbereiche aus unserem Wahlprogramm

7. Ganzheitliches Denken

8. Postkarte Timmi

9. Wahlprogramm

10. Grundsatzprogramm

Schicken Sie diese Seite einfach an die Tierschutzpartei:

- a) per Fax an folgende Nummer: **069 / 76 80 96 - 63**
- b) oder per Brief direkt an unsere Bundesgeschäftsstelle
- c) oder per E-Mail an: bundesgeschaeftsstelle@tierschutzpartei.de

Bundesgeschäftsstelle

Partei Mensch-Umwelt-Tierschutz
- Die Tierschutzpartei -
Fritz-Schumacher-Weg 111, 60488 Frankfurt

AUFNAHMEANTRAG

Name, Vorname

Geburtsdatum

Straße, Nr.

Telefon

PLZ, Wohnort

Fax

Beruf/Titel

Staatsangehörigkeit

E-Mail

☐ Ich möchte Fördermitglied werden.

☐ Ich möchte aktives Mitglied werden.

Sind Sie Mitglied in einer Tierschutzorganisation?

Folgende Tätigkeiten interessieren mich:

☐ Jugendorganisation

☐ Arbeitskreise

☐ Funktionsträger in der Partei

☐ Kandidat/in für Wahlen

☐ gelegentliche Hilfeleistungen

☐ Sonstiges:

Waren Sie früher Mitglied in einer Partei?

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Partei; insbesondere werde ich die in der Satzung und dem Grundsatzprogramm der Partei Mensch Umwelt Tierschutz - Die Tierschutzpartei - festgelegten Ziele jederzeit vertreten und an dem demokratischen Meinungsbildungsprozess auf dieser Grundlage mitwirken. Die Mitgliedschaft tritt mit der Annahmeerklärung durch den Bundesvorstand bzw. durch die Aushändigung des Mitgliedsausweises, aber erst nach Bezahlung des ersten vereinbarten Beitrages in Kraft. Ich bin in keiner anderen Partei Mitglied.

Ort, Datum

Unterschrift

Bankeinzugsermächtigung

Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden, dass der von mir zu zahlende Mitgliedsbeitrag von der Partei Mensch Umwelt Tierschutz - Die Tierschutzpartei - abgebucht wird.

Ich zahle _____ EUR Jahresbeitrag und wünsche ☐ jährliche ☐ halbjährliche Zahlungsweise
(Die gültige Finanzordnung sieht pro Jahr vor: Einzelmitglieder 40,00 €, Paare zus. 68,00 €. Auf Antrag kann der Beitrag ermäßigt werden.)

Kontonummer

Bankleitzahl

Kreditinstitut

Name, Vorname des Kontoinhabers

Ort, Datum

Unterschrift

„Kulturschande Tierversuch“

Es ist höchste Zeit, ein Zeichen zu setzen!

Die Initiative zur Umbenennung des Gedenktages „Internationaler Tag des Versuchstiers“ (24. April eines jeden Jahres) in „Internationaler Tag zur Abschaffung der Tierversuche“ ruft dazu auf, sich weltweit an diesem Vorhaben zu beteiligen.

Begründung: In der Mitte des vorigen Jahrhunderts riefen britische Tierschützer den Versuchstier-Gedenktag ins Leben. Seitdem wurden im Bereich Tierversuche viele Erfahrungen gemacht und neue Einsichten gewonnen. Das Fazit: Die Totalabschaffung der „Kulturschande Tierversuch“ ist heute längst überfällig – sowohl aus ethischen als auch methodenkritischen Gründen. Die



Umbenennung trägt dem Rechnung und setzt damit ein deutliches Zeichen.

Der bisherige Name suggeriert zudem unbestreitbar, Tierversuche gehörten wie selbstverständlich zum Leben dazu und seien unabänderlich.

Es bleibe eben nur, der Versuchstiere mitleidvoll zu gedenken. Dies ist nicht mehr genug! Darüber hinaus gab es in der Vergangenheit Beispiele dafür, dass sich Experimentatoren den „Tag des Versuchstiers“ in fataler Weise zunutze machten und die angebliche Notwendigkeit der Versuche „zum Wohle des Menschen“ propagierten. Dem gilt es für die Zukunft vorzubeugen.

Dass im Jahr 2006 durch ein Versehen die Bezeichnung „Welttierversuchstag“ durch die Presse geschickt wurde, beweist zusätzlich, dass es Zeit ist für eine unmissverständliche Formulierung mit der eindeutigen Zielvorgabe „Abschaffung“!

In den letzten Jahren haben Tierversuche wieder in erschreckendem Maße zugenommen. 2,4 Millionen Tiere wurden im Jahr 2005 allein in Deutschland zu Tode gequält und umgebracht. Für 120 Millionen Euro (Steuergelder!) schossen neue Versuchslabore an deutschen Universitäten wie Pilze aus dem Boden; gerade einmal 4 Millionen stellte man für die tierversuchsfreie Forschung zur Verfügung!

Innerhalb des EU-„REACH“-Programms (Überprüfung von 3000 Chemikalien im Hinblick auf ihre Giftigkeit) werden in den kommenden Jahren Millionen von schmerzempfindlichen Lebewesen auf qualvolle Weise ihr Leben lassen müssen. Ein Skandal, denn auch in diesem Fall führte die tierversuchsfreie Forschung ein Schattendasein und wurde finanziell nur ungenügend gefördert, sodass nicht genügend Programme zur Verfügung standen.

Tierversuche sind Verbrechen an Wehrlosen und müssen ein Ende haben! Bitte helfen Sie im Rahmen Ihrer Möglichkeiten

mit, dass Tierversuche der Vergangenheit angehören! Halten Sie im Zusammenhang mit dem 24. April, dem Gedenktag, Ihre Informationsstände unter dem neuen Namen ab – möglichst mit einem Transparent, das die o.g. Aufschrift trägt. Wichtig: Die Bundesgeschäftsstelle hält kopierfähige Flugblätter zum Thema bereit. Das Gleiche gilt für das Internet, abrufbar unter www.internationaler-tag-zur-abschaffung-der-tierversuche.de

Foto: Astrid Reinke

**Presseerklärung
der Partei Mensch Umwelt Tierschutz
– Die Tierschutzpartei –**

2.413.000 Tiere in Tierversuchen gequält und getötet

Wie jedes Jahr hat die Bundesregierung, das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, die Tierversuchstatistik vorgelegt (hier für das Jahr 2005). Entgegen den Beteuerungen und Versprechungen der Regierung, die Tierversuche zu verringern, ist im Jahr 2005 die höchste Anzahl von Tieren seit dem Jahr 1991 in zumeist qualvollen Versuchen „verbraucht“ worden – ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 6,5 %.

Das sind 6.611 grausam umgebrachte Tiere an jedem Tag, 275 Tiere in jeder Stunde (die Nächte einbezogen), 5 Tiere in jeder Minute! Seit der Veröffentlichung der Haltungsbedingungen in Europas größtem Versuchslabor COVANCE in Münster/Westf. wissen wir, dass die Tiere, unsere Mitgeschöpfe, nicht nur bei den Versuchen entsetzlich gequält, sondern auch meistens bei der Haltung bereits „nach Herzenslust“ misshandelt werden.

Kaum eine Tierart wird verschont: Mäuse, Ratten, Hunde, Katzen, Affen (unsere evolutionsgeschichtlich nächsten Verwandten!), Kaninchen, Meerschweinchen, Hamster, Schweine und Schafe führen die Mengenstatistik an. Geradezu explosionsartig vermehrt haben sich die Zahlen der „verbrauchten“ Tiere in der höchst umstrittenen Gentechnik.

Die Tierschutzpartei lehnt jede Art von Tierversuchen ab, weil diese weder wissenschaftlich begründet werden können noch ethisch vertretbar sind. „Über die zunehmende Gewalt in unserer Gesellschaft muss sich angesichts des lebensverachtenden Umgangs mit unseren Mitgeschöpfen niemand mehr wundern“, stellt Jürgen Gerlach, Vorsitzender der Tierschutzpartei, fest, „denn so wie wir die Tiere behandeln, so gehen wir auch mit unseren Mitmenschen um.“

Es wird höchste Zeit, die Forschung und Entwicklung auf tierversuchsfreie Methoden umzustellen, denn nur hierdurch sind wirkliche Fortschritte zu erwarten, wie die seit Jahrzehnten von den „Wissenschaftlern“ der Tierversuchsideologie stets verkündeten angeblichen „Durchbrüche“ in der Forschung beweisen – nur: Den Worten folgen keine Taten! Dringend erforderlich ist es, die staatliche Förderung der tierversuchsfreien Forschung sehr deutlich zu erhöhen.

Jürgen Gerlach, 21. November 2006



Foto: A. Schindler/www.aboutpixel.de

„Die Größe und
der *moralische Fortschritt*
einer Nation lassen sich daran ermessen
wie sie ihre Tiere behandelt.“

Mahatma Gandhi

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++

Krankenversicherung in den Niederlanden

Für Vegetarier sowie Nichtraucher und Nichttrinker sollen die Krankenkassenbeiträge in den Niederlanden ab 2007 günstiger werden.

(Quelle: Stuttgarter Zeitung)

Partei für Tiere in den Niederlanden

In den Niederlanden hat die „Partij voor de Dieren“ (Partei für Tiere) zwei Parlamentssitze errungen. Ihr Ziel ist die Verankerung von Tierrechten in der niederländischen Verfassung.

(Quelle: Abendblatt)

Deutschland schon zu 10% vegetarisch

Vegetarisch boomt weiter und aktuelle Umfragen belegen: Etwa jede/r zehnte Bundesbürger/in lebt mittlerweile „fleischlos glücklich“.

(Quelle: „Natürlich Vegetarisch“, Quartal 1/2007)

Landesregierung Rheinland-Pfalz gegen Seehofer-Käfige

Rheinland-pfälzische Landesregierung kommt zum Ergebnis, dass die geänderte Nutztierhaltungsverordnung für Legehennenhaltung verfassungswidrig ist. Sie stellt Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht.

Adler Modemärkte verzichten auf Echtpelz-Verkauf Geschäftsführung kündigt Orderstopp von Bekleidung mit Echtpelzen an

In einer Pressemitteilung vom 12. Januar 2007 erklärt das Unternehmen Adler Modemärkte, auch im Namen der angeschlossenen 125 Filialmärkte, dass nach Abverkauf der aktuellen Warenbestände keine neuen Echtpelz-Waren (einschließlich verarbeitete Kaninchenfelle) mehr geordert würden. Nach eigener Aussage bekennt man sich mit dieser Entscheidung „zu den Grundsätzen sozialer und gesellschaftspolitischer Verantwortung“. Damit würde - über das finanziell geförderte „Projekt Fischadler“ im Müritznationalpark hinaus - ein weiteres Zeichen gesetzt „für den sensibleren Umgang mit den gesellschaftlich relevanten Gedanken von Tierschutz und Nachhaltigkeit“.

Der Affenforscher gibt auf

Die Proteste der Berliner haben gefruchtet: Hirnforscher Prof. Alexander Thiele, der an der Charité Versuche an lebenden Rhesusaffen durchführen wollte, hat wohl keine Lust mehr, in Berlin seine grauenhaften Experimente zu machen. Aus Klinik-Kreisen heißt es: „Der Professor sieht sich nach einem anderen Forschungsort um.“ Auch die VW-Stiftung, die die Arbeit des Hirnforschers mit 1,3 Millionen Euro finanzieren wollte, bestätigt dies.

(Quelle: Berliner Kurier)

Designer Ralph Lauren künftig pelzfrei

Nachdem die Tierrechtsorganisation den Stardesigner über die Machenschaften u. a. auf chinesischen Pelzfarmen aufgeklärt hat, erklärte der Designer, künftig pelzfreie Mode zu entwerfen.

(Quelle: www.viviano.de/ak/News-Fashion/ralph-lauren)

Importverbot für Wildvögel

Am 11. Januar hat die EU-Kommission ein dauerhaftes Importverbot für Wildvögel in die EU beschlossen. Tier- und Artenschutzorganisationen sowie auch der Bundesverband hatten dies seit Jahren gefordert. Ausschlaggebend war nun ein Gutachten der Europäischen Lebensmittelbehörde, in dem ein großes Gesundheitsrisiko und skandalöse Tierschutzprobleme durch den Wildvogelimport betont wurden.

Ab Sommer 2007 pelzfrei

Die Geschäftsführung des Modeunternehmens Atelier Goldner Schnitt sichert zu, ab der Frühjahr-/Sommersaison 2007 keine Echtpelzartikel mehr einzukaufen.

(Quelle: Vier Pfoten-Newsletter)

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++